

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 48

Berlin, den 26. November 1932

40. Jahrgang

Politische Hochspannung

Das Kabinett Papen hat seinen Rücktritt erklärt. Es hatte sich dermaßen in eine Sackgasse hineinmanövriert, daß es nur noch durch den Staatsstreich gerettet werden konnte. Diesen Weg aber wollte der Reichspräsident nicht gehen, und so war die Regierung zum Rücktritt gezwungen.

Die 5½ Monate Kabinett der Barone werden ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Deutschlands bleiben. Die Hintertreppenpolitiker, die den Herrenreiter Franz v. Papen in das Rampenlicht schoben, schätzten wohl an ihm den Wagemut, mit dem er auf der Rennbahn die Hindernisse nahm. In der politischen Arena bedarf es aber zum Erfolg noch einiger anderer Eigenschaften, die jedoch Herrn v. Papen abgehen.

Mit hochgeschwellten Hoffnungen trat der Reichskanzler sein Amt an. Als einige Herren, die er zu Mitarbeitern erkoren hatte, Zweifel in den Bestand seiner Regierung äußerte, versicherte er sie, daß sein Kabinett mindestens vier Jahre leben würde. Es hat noch keine sechs Monate gehalten.

Auf dem breiten Rücken der Nationalsozialisten ist das Kabinett der Barone in die Amtlichkeit geklettert. Hitler hat Herrn v. Papen seine Unterstützung zugesagt, und dieser hat sich beeilt, dessen ausschweifendsten Wünsche zu befriedigen. Aber dann kam der 13. August, der Tag, an dem Hitler erkennen mußte, daß er bei dem Handel mit Papen der betrogene Betrüger war. Da verwandelte sich die Liebe der Nazis zu den Baronen in grimmen Haß.

In seiner Antrittsrede versprach Herr v. Papen eine „grundsätzlich neue Staatsführung“. Er schneichelte den „aufbauwilligen Kräften“ in Hitlers Bürgerkriegsarmee und verkündete, daß „der Staat keine Wohlfahrtsanstalt“ sei. Das war das Programm des Herrenklubs, der das Kabinett der Barone auf den Schild erhoben hatte.

Als bald kamen die Notverordnungen zur Verwirklichung des Programms der „feinen Leute“. Hunger für die Armen, Geschenke für die Besitzenden. In der Verordnung vom 14. Juni radikaler Abbau der Arbeitslosenunterstützung, unerträgliche Senkung der Unterstützung für die Kriegsbeschädigten, für die Unfallverletzten, die Invaliden der Arbeit. Dazu neue Steuern für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Die Verordnungen vom 4. und 5. September bedeuten ein rüstiges Fortschreiten auf diesem Wege. Mehr als 2 Milliarden Steuergeschenke an das Unternehmertum und gleichzeitig die Ermächtigung zur Kürzung der schon ohnehin so arg zusammengeschrumpften Löhne der Arbeiter. Dazu die Zerschlagung des Tarifrechtes durch die Aufhebung der Unabdingbarkeit.

Durch die Aufhebung des Uniformverbots für Hitlers SA.-Banden machten die Barone den Weg frei für die Terrorwelle, die sich alsbald über Deutschland ergoß. Die unerhörten Mordtaten und Brandstiftungen, die von den Nazis organisiert wurden, gaben Anlaß zur Einsetzung von Sondergerichten. Die deutsche Justiz hat das Vertrauen der Herren gerechtfertigt. Während sich nationalsozialistische Terroristen einer ausnehmend milden Behandlung erfreuen, werden gegen Republikaner, die sich der Angriffe der Nazibanditen erwehren, Strafen von haarsträubender Härte verhängt.

Auf Verlangen der Nationalsozialisten hat die Regierung Papen den Gewaltstreich gegen die rechtmäßige Regierung in Preußen durchgeführt. Statt den Spruch des Staatsgerichtshofs auszuführen und der Regierung Braun die Ausübung ihres Amtes zu ermöglichen, haben die Barone ihre Gewaltmaßnahmen fortgesetzt. Sie haben einen vollständigen Umbau der preußischen Staatsverwaltung vorgenommen und eine große Zahl von Staatsbeamten an die Luft gesetzt, die „republikanischer Gesinnung verdächtig“ sind.

Die Wahl am 6. November hat zwar den schwachen Stützen des Papenregiments, den Deutschnationalen und den Volksparteilern, einen Stimmenzuwachs gebracht, aber sie stellen immer nur 10 Prozent der Abgeordneten. Ein neues überwältigendes Mißtrauensvotum des Reichstages war der Regierung Papen gewiß. Um sich trotzdem am Ruder zu erhalten, machte sie die verzweifeltsten Anstrengungen.

Die Pläne für eine Verfassungsreform, welche die Barone seit ihrem Regierungsantritt verfolgten, nahmen immer festere Gestalt an. Das gleiche Wahlrecht für den Reichstag soll beseitigt und dieser selbst entrechtet werden. Seine Beschlüsse sollen durch eine zu errichtende Erste Kammer unwirksam gemacht werden können. Vor allem aber soll der Artikel 54 der Reichsverfassung beseitigt werden, nach welchem der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen.

Eine Woche vor der Reichstagswahl verdichteten sich die Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Staatsstreich. Der Reichstag sollte noch vor seinem Zusammentritt aufgelöst und eine neue Verfassung verkündet werden. Direkt bestritten wurden diese Pläne nicht, der Reichskanzler bezeichnete sie auf Befragen als Kombinationen.

Vor dem äußersten Schritt machte er aber noch Versuche zu einer Verständigung mit den Führern der großen Par-

teien. Von den Sozialdemokraten, die er eingeladen hatte, erhielt er schriftlich eine schroffe Absage. Die Aussprache mit den Führern des Zentrums fand statt, aber deren Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Papen war, wenn auch höflicher, doch nicht minder deutlich. Die Nationalsozialisten hatten die Frage ihrer Verhandlungsbereitschaft offengelassen.

Die Regierung mußte erkennen, daß sie in der Volksvertretung keine Stütze findet. Da gab Herr v. Papen auch den Plan einer Reise nach Süddeutschland zum Besuch der Länderregierungen auf. Es war vorauszusehen, daß er auch dort keine Unterstützung finden würde. Am 17. November erklärte die Regierung Papen dem Reichspräsidenten ihren Rücktritt.

Nun führt der Reichspräsident mit den Führern der rechtsstehenden Parteien Verhandlungen. Die Sozialdemokraten sind hierbei nicht hinzugezogen; sie können auch für eine Regierungskombination nicht in Betracht. Welches Ergebnis die Verhandlungen zeitigen werden, ist noch völlig unklar. Die politische Hochspannung hält an.

Darüber müssen wir uns aber klar sein, daß die Lösung der Krise, gleichviel in welcher Form sie erfolgt, für

die Arbeiterschaft keinen fühlbaren Nutzen bringen wird. Bei der Bildung einer neuen Regierung wird sich, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, das Ergebnis der Wahl vom 6. November auswirken. Die Sozialdemokratie ist geschwächt und die Zunahme der kommunistischen Mandate ist praktisch ohne jede Bedeutung. Ein zum mindesten taktisches Zusammengehen der beiden proletarischen Parteien würde ihren Einfluß wesentlich stärken. Aber auch darauf ist nicht zu hoffen, denn die Kommunistische Partei bleibt auch nach der Wahl bei ihrer Auffassung, daß für sie die Sozialdemokratie der Hauptfeind ist. Daß diese Uneinigkeit der Proletarier der Bourgeoisie zum Vorteil gereicht, liegt auf der Hand.

Je geringer der Einfluß der Arbeiterschaft im Parlament ist, um so mehr müssen wir unsere Kräfte im außerparlamentarischen Kampf sammeln. Stärkung der Organisationen, Ausbau der Gewerkschaften, das ist das zwingende Gebot der Stunde. Noch triumphieren die Feinde der Arbeiterklasse in den gesetzgebenden Faktoren, und die gegenwärtige politische Krise ist ein Kampf um die Macht, den die Arbeiterfeinde unter sich ausfechten. Wir haben den brennenden Wunsch, daß dies anders werden möge, und wir können die Dinge wenden, wenn wir einzig sind. Für die Arbeiterklasse führt der Weg zur Macht über die Stärkung der Organisation.

Eine notwendige Richtigstellung

An der Tagung der Ausschüsse des ADGB und des AfA-Bundes am 18. Oktober hat der Reichskanzler v. Papen nicht teilgenommen; er war „zu seinem lebhaften Bedauern“ verhindert. Aber er hat die dort gehaltenen Reden anscheinend aufmerksam gelesen. Als er einige Tage später in Berlin vor den Innungs-Obermeistern sprach, zitierte er aus der Rede unseres Kollegen Tarnow, daß dieser die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärt habe, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes zur Behebung der Wirtschaft „die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen“.

Herr v. Papen hat daraus die Hoffnung geschöpft, daß mit seiner Erklärung nicht nur ein passives Abwarten und Beiseitegehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird. Diese Schlußfolgerung des Reichskanzlers gibt Zeugnis von einem schönen Optimismus, doch findet dieser in Tarnows Rede keine rechte Begründung. Geradezu grotesk mutet es aber an, was für eine Verwirrung die Zitierung von Tarnows Rede durch den Reichskanzler in anderen Köpfen hervorgerufen hat. In einer Betrachtung über den Berliner Verkehrsstreik schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“ am 8. November: „Nach der Erklärung Tarnows, man wolle dem Wirtschaftsplan der Papen-Regierung eine Chance geben, ist bereits deutlich geworden, daß man jetzt Arbeitskämpfe möglichst vermeiden will.“

Zu einer solchen Auffassung hat Tarnows Rede auch nicht den geringsten Anlaß gegeben. Sie klang im Gegenteil aus in eine Aufforderung an die Regierung, die Lohnabbauverordnung vom 5. September schleunigst aufzuheben. Seine Stellung zu den durch die Notverordnung hervorgerufenen Kämpfen hat Tarnow in den Sätzen seiner Rede präzisiert, in denen er die Regierung warnte, den Bogen zu überspannen. In diesem Zusammenhang führte er aus:

„Die Regierung gibt sich einer ganz großen Täuschung hin, wenn sie glaubt, den Widerstand damit brechen zu können, daß sie die Gewerkschaften schachtmatt setzt, daß sie mit Verordnungen und einseitigen Verfügungen den gewerkschaftlichen Kampf unmöglich zu machen versucht, in der Annahme, dann werde Ruhe über den Gewässern sein. Ach nein, dann wird noch lange nicht Ruhe sein. ... Wenn die Regierung diesen Kurs fortsetzen wollte, wenn sie die Notverordnung nicht wiederaufheben will, wenn sie glaubt, nachdem sie etwa die Gewerkschaften schachtmatt gesetzt hätte, würden die Arbeiter sich ducken, dann ist sie im Irrtum. Damit würde sie nur erreichen können, daß der Kampf unter anderen Formen auf einen anderen Boden abgedrängt wird. Nur sollte sie sich nicht der Illusion hingeben, daß diese anderen Kampfesformen sanfter und für die Regierung und die Unternehmer erfreulicher wären als der geordnete gewerkschaftliche Kampf.“

Die Regierung sollte sich überhaupt hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen die Gesetze und gegen die Staatsgewalt zur Wehr setzen, weil sie das müssen. Es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keiner Staatsgewalt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann, das ist das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung.

Daß das „Berliner Tageblatt“ aus Tarnows Rede schließen konnte, die Gewerkschaften wollten jetzt Arbeitskämpfe möglichst vermeiden, ist nur so zu erklären, daß man dort von dieser Rede nur die durch den Reichskanzler zitierte Stelle kannte.

Was Tarnow über den wirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms sagte, war eine scharfe, aber sachliche Kritik. Er beurteilte seine Erfolgsaussichten durchaus pessimistisch, und man braucht nur den von Herrn v. Papen herausgerissenen Halbsatz im Zusammenhang zu lesen, um seinen Sinn richtig zu erfassen:

„Leider ist die Regierung unserem Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Wirtschaftsbelebung grundsätzlich über den Weg der privaten Unternehmerinitiative, und sie nimmt einfach an, wenn man den Unternehmern Geld gibt, lassen sie schon mehr arbeiten. Wir vermuten, daß sie das erst tun werden, wenn sie Aussicht haben, auch mehr verkaufen zu können. Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg auch nicht so hoffnungsfroh gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbar-

keit unter Beweis zu stellen. Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft. Dazu kennen wir deren Elend und die grenzenlose Verzweiflung viel zu gut, als daß wir den Wunsch haben könnten, das Ziel der Mehrbeschäftigung müsse scheitern. Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schade Freude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer um die zerstörten Hoffnungen bei den Arbeitslosen und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden ist.“

Welcher Arbeiter oder Arbeitslose könnte dagegen etwas einwenden? Die Gewerkschaften haben seit langem und eindringlich öffentliche Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gefordert. Sie haben es getan nicht zum Wohle oder zum Leide irgendeiner Regierung, sondern um der Arbeitslosen willen, und sie werden nicht aufhören, diese Forderung zu vertreten, gleichviel welche Regierung am Ruder ist. Wir halten den eingeschlagenen Weg für falsch — das hat Tarnow mit aller Deutlichkeit gesagt —, aber wir wünschen sehnlichst, daß eine wirksame Eindämmung der Arbeitslosigkeit erfolgen möge.

Die Lohnabbaubestimmungen und die Zerschlagung des Tarifrechtes in der Verordnung vom 5. September stehen in keinem organischen Zusammenhang mit dem Programm zur Belebung der Wirtschaft. Sie sind eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Schikane und sie wirken durch den Druck auf die Kaufkraft der Massen dem Zweck der Wirtschaftsbelebung geradezu entgegen. Diesen Bestimmungen gilt in erster Linie die Kampfansage der Gewerkschaften. Sich gegen ihre Durchführung nach Kräften zu wehren, ist eine sittliche Pflicht der Arbeiterschaft.

regierung mit den Scharfmachern ein Herz und eine Seele ist — was alle Welt freilich schon lange weiß. Nur darüber scheinen beide sich noch nicht ganz einig zu sein, ob der neue Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft zunächst vom Reiche oder von den Ländern geführt werden soll; der Reichskanzler möchte den Ländern den Vortritt lassen.

Über eins sollten Scharfmacher und Reichsregierung sich aber im klaren sein: die Arbeiter werden sich einem Streik- und Organisationsverbot nicht kampflös fügen. Sie haben in den letzten Jahren manches, wenn auch zähneknirschend, über sich ergehen lassen. Einmal aber findet auch ihre Geduld ein Ende. Wehe dann den Herrschern von heute!

Hermann Müller

Am 13. November ist Hermann Müller, der frühere stellvertretende Vorsitzende des ADGB, plötzlich gestorben. In ihm hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen Mann verloren, dem sie viel zu danken hat. Müller, der am 10. Februar 1868 in Werdau geboren wurde, hat den Beruf des Lithographen erlernt und an verschiedenen Städten in diesem Beruf gearbeitet. Im Jahre 1898 kam er als Redakteur an das „Bochumer Volksblatt“, 1900 in das Arbeitersekretariat in Bremen. Im Jahre 1905 berief ihn die damalige Generalkommission der Gewerkschaften in das von ihr geschaffene Zentral-Arbeitersekretariat. Seither blieb Müller eng mit der Generalkommission und dem aus ihr hervorgegangenen Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verbunden. Im Jahre 1925 wurde er zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden gewählt.

Müller war der Verfasser einer sehr wertvollen Geschichte der deutschen Gewerkschaften, die zuerst als Teil der gleichfalls von ihm verfaßten Geschichte der Organisation der Lithographen und Steindruckerschrift seiner Berufsorganisation, sondern auch eine Reihe von Jahren hindurch ihr ehrenamtlicher Leiter. Müllers wichtigstes Arbeitsgebiet war die Sozialpolitik. Er war Vertreter der deutschen Gewerkschaften beim internationalen Arbeitsamt in Genf und er gehörte dessen Verwaltungsrat an. Seine politische Tätigkeit brachte ihn im Jahre 1919 in die Nationalversammlung und er gehörte auch dann bis zum Jahre 1928 dem Reichstag an.

Neben den genannten hat Hermann Müller noch zahlreiche andere Ehrenämter bekleidet und an verschiedenen Stellen die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. In den letzten Jahren hatte seine Gesundheit gelitten, deshalb ist er im Jahre 1931 von dem Posten im Vorstand des ADGB zurückgetreten, er blieb aber dort bis zu seinem Ende als Sekretär tätig. Er beabsichtigte auch aus dem Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts auszuschcheiden, doch hat ihn der schnelle Tod dieser Entscheidung entzogen.

Müller war zeitlebens bescheiden in seinem Äußeren und in seinem Auftreten; er hat nicht viel Wesens aus sich gemacht. Sein reiches Wissen und Können hat er aber gern und freudig der Arbeiterschaft und namentlich der Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung gestellt. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle gedankt.

Die Lohnabbauverordnung vor dem Reichsarbeitsgericht

In einer am 12. November gefällten Entscheidung hat das Reichsarbeitsgericht die Notverordnung vom 5. September als rechtsgültig und im Einklang mit der Reichsverfassung stehend anerkannt. Bei dem Rechtsstreit handelte es sich um eine Klage, die das Alexanderwerk in Remscheid betrifft. Dort haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen auf Grund der Notverordnung der Lohn gekürzt wurde. Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Remscheid vom 5. Oktober war Sprungrevision eingelegt worden, und so hatte das Reichsarbeitsgericht, das hier mit ungewöhnlicher Schnelligkeit arbeitete, die Möglichkeit, die Rechtsgültigkeit der Verordnung nachzuprüfen.

In den Entscheidungsgründen wird anerkannt, daß der Artikel 165 der Reichsverfassung die Wirksamkeit von Tarifvereinbarungen und insbesondere die Unabdingbarkeit garantiert. Aber Eingriffe in die Vertragsfreiheit der Vertragsparteien sind nach der Verfassung gesetzlich oder, wie das hier im Wege der Notverordnung geschehen ist, an sich zulässig.

Im vorliegenden Fall ist die Unzulässigkeit des erfolgten Eingriffs zu verneinen, weil Artikel 165 der Reichsverfassung nur die Rechtsinstitutionen des Tarifvertrages mit seinen typischen Normenwirkungen schützen will, während die Regelung der Einzelheiten Sache des Gesetzgebers ist. Um etwas anderes als um eine Regelung von Einzelheiten handelt es sich aber bei der Verordnung vom 5. September 1932 nicht. Am Wesen der Unabdingbarkeit wird durch ihre Vorschriften nichts geändert. Die Notverordnung vom 5. September hat ihre Ermächtigungsgrundlage in den Notverordnungen vom 4. September 1932 und 14. Juni 1932, und diese Ermächtigung ist nicht überschritten worden. Im Gegensatz zu dem Urteil des Arbeitsgerichts stellte das Reichsarbeitsgericht noch fest, daß die Lohnkürzung nicht erst vom 1. Oktober, sondern bereits vom 26. September an zulässig gewesen sei.

Durch diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist festgestellt, daß die Lohnabbauverordnung die Reichsverfassung nicht verletzt. Gegen die Gültigkeit der Notverordnung sind noch sonstige rechtliche Einwände erhoben worden, deren Berechtigung anscheinend in diesem Verfahren nicht der richterlichen Nachprüfung unterlagen. Aber selbst wenn die Justiz feststellen sollte, daß die Notverordnung formal in jeder Hinsicht hieb- und stichfest ist, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß sie moralisch ein schweres Unrecht bedeutet, das der Arbeiterschaft zugefügt wurde. Die Arbeiter, die sich gegen die ihnen zugemuteten Lohnabzüge wehren, befinden sich im Stande der Notwehr. Sie fördern sogar, wenn auch gegen den Willen der Regierung, deren Wirtschaftsprogramm, dessen Durchführung durch die notverordnete Schmälerung der Kaufkraft der Massen stark beeinträchtigt wird.

Forderungen der Kriegsopter

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, die einzige auf republikanischem Boden stehende Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, hielt unlängst seine diesjährige Reichskonferenz in Königsberg ab. In einer Entschloßung wird mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung ausdrücklich die Sonderstellung der Kriegsopter und ihr Recht auf eine ausreichende Versorgung anerkannt und deren Befriedigung zugesagt haben. Erneut und mit allem Nachdruck wird die Wiederherstellung des vor dem 26. Juni 1930 geltenden Rechtes gefordert. Das vom Bundesvorstand und Bundesausschuß kürzlich aufgestellte Aktionsprogramm mit seinen vordringlichen Forderungen wurde von der Reichskonferenz ausdrücklich bestätigt. Die Kriegsopter erwarten, daß, nunmehr nach fast zwei Jahrzehnten seit Kriegsbeginn, ihnen endlich eine ausreichende Versorgung zuteil wird, auf die sie in Anbetracht ihrer mit Blut erkauften Rechte trotz der Not der Zeit ein Anrecht haben.

Unternehmer fordern Streikverbot

In diesen Spalten ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß im Unternehmerlager starke Kräfte am Werke sind, die auf ein Verbot der Gewerkschaften hinarbeiten. Jetzt machen die sächsischen Scharfmacher einen neuen Vorstoß. Am 14. November stattete der Reichskanzler von Papen der sächsischen Regierung einen „Staatsbesuch“ ab. Diesen Anlaß benutzte die „Allgemeine Zeitung von Chemnitz“, sich in einem „Offenen Brief“ an den Chef der Baronsregierung zu wenden, in dem ein allgemeines Streikverbot gefordert wird. Die „Allgemeine Zeitung“ ist das Sprachrohr der großen sächsischen Unternehmerverbände, insonderheit das der Textilindustriellen. In dem Offenen Brief wird behauptet, daß im Rahmen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung allein die sächsische Textilindustrie „30 000 Arbeiter neu hätte einstellen können, tatsächlich seien aber bis heute kaum 9000 eingestellt worden. Schuld daran trage die maßlose und nur von parteiagitorischen Gesichtspunkten diktierte Hetze gegen die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft.“ In den Betrieben herrsche ein ausgesprochener Arbeitskriegezustand, der mit „den seitherigen gesetzlichen Voraussetzungen“ nicht zu beseitigen sei. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Wir benötigen dringend Maßnahmen zur Befriedung der Betriebe, Maßnahmen, die die völlige unentbehrliche Voraussetzung des Arbeitserfolges, nämlich Sicherheit und Vertrauen, in vollem Umfange wiederherstellen. Zu solchen Maßnahmen gehört ein allgemeines Streikverbot im Rahmen der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten. Zu solchen Maßnahmen gehört ein Verbot der Betriebszellenzeitungen und Druckschriften gleichen Charakters, zu solchen Maßnahmen gehört ein Verbot derjenigen Zeitungen, die zur offenen Auflehnung und Gewalt gegen die Durchführung der Wirtschaftsverordnung ansetzen.“

Die Unternehmerzeitung erwähnt in ihrem Offenen Brief ein paarmal die Kommunisten und ihre „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, so daß der Unkundige den Eindruck gewinnen könnte, ihre Verbotsforderungen richten sich nur gegen diese. In Wirklichkeit werden unsere Ge-

werkschaften gemeint, denn diese sind die Träger des Abwehrkampfes gegen den Lohnraub, zu dem die Unternehmer von der Baronsregierung „ermächtigt“ wurden.

Ihre Forderungen haben die Scharfmacher dem Reichskanzler von Papen am gleichen Tage auch noch mündlich vorgetragen. Nach der „Berliner Börsen-Zeitung“ hat der Reichskanzler den Unternehmervertretern folgendes geantwortet:

„Die Reichsregierung sehe die Schwierigkeiten sehr genau und könne es nur in höchstem Maße bedauerlich finden, daß die Ansätze zu der Neubelebung der Wirtschaft nun von Arbeiterseite her sabotiert werden. Die Reichsregierung stehe natürlich auf dem Standpunkt, daß, wenn irgend möglich, in wirtschaftlichem Frieden zum Ziele einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelangt werden müsse, aber ebenso klar sei es, daß es sich keine Regierung gefallen lassen könne, daß lediglich durch politische Organisationen jeglicher Keim eines Aufschwungs in der Wirtschaft unterdrückt würde und daß dagegen Maßnahmen getroffen werden müßten. Die Einzelheiten dieser Maßnahmen müßten naturgemäß der sächsischen Landesregierung überlassen bleiben.“ Daraus geht hervor, daß die Reichs-

„Dem deutschen Volke“





Aus dem Verbandsleben



Der Rechtsschutz des Verbandes

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört die Gewährung von Rechtsschutz an seine Mitglieder. Dieser Rechtsschutz wird gewährt bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und bei der Verfolgung von Ansprüchen auf Grund der Sozialgesetze. Ferner im Strafprozeß, wenn sich Mitglieder infolge ihrer Verbandstätigkeit ohne eigenes Verschulden eine Strafklage zugezogen haben. Der Verbandstätigkeit auf diesem Gebiete wird im allgemeinen eine viel zu geringe Bedeutung beigemessen; nur die Mitglieder wissen sie richtig zu würdigen, die von ihr Gebrauch gemacht haben.

Nach dem Bericht im Jahrbuch unseres Verbandes wurden im Jahre 1931 mit Hilfe der Organisation 824 Rest- und Tariflohn- sowie 245 Ferienanspruchs- und 125 Lehrlingsklagen durchgeführt. Diese Zahlen sind aber bei weitem nicht vollständig; sie umfassen nur die Fälle, an deren Bearbeitung der Verbandsvorstand beteiligt war. In zahlreichen Fällen, besonders in den großen Verwaltungsstellen, werden Rechtsstreitigkeiten von der Ortsverwaltung selbständig durchgeführt. Leider fehlt es an einer zahlenmäßigen Übersicht über die Lohnbeträge, die auf diese Weise den in Frage kommenden Kollegen zugeführt werden konnten. Es handelt sich aber um ganz beträchtliche Summen.

In vielen Fällen beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten für den Kollegen, der den Prozeß gewonnen hat, erst nach Erlass des Urteils, dann nämlich, wenn sich der Schuldner für zahlungsunfähig erklärt. Wird dann das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet, so erscheinen fast regelmäßig die Einsprüche dritter Personen, die ihr Eigentumsrecht an den gepfändeten Sachen geltend machen. Nicht selten erfordert es einen oft jahrelang währenden Kampf um die Feststellung des tatsächlichen Eigentumsrechts an der gepfändeten Sache. Nicht immer ist es möglich, ausgeklagte Forderungen restlos beizutreiben, so daß Verluste trotz Ausnutzung aller erdenklichen Rechtsbehelfe unvermeidlich sind.

Nicht weniger schwierig gestaltet sich die Einziehung vom Konkursverwalter anerkannter oder auch vom Gericht als bevorrechtigt festgestellter Forderungen im Konkursverfahren. So sei an den Fall eines mißglückten Forderungsbetruges erinnert, über den in Nummer 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet wurde. In diesem Falle kamen die Kollegen erst nach fünf Jahren zu ihrem Rechte.

Von ausschlaggebender Bedeutung auf dem umfangreichen Gebiete des Arbeitsrechts sind die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts. Es ist deshalb notwendig, zur Klärung gewisser Streitfragen von grundsätzlicher Bedeutung eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts herbeizuführen. Als Beispiel sei an die vielen Prozesse erinnert, bei denen es sich darum handelte, inwieweit die Bestimmungen des § 27, Abs. 2 des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe auch auf Lehrverhältnisse anzuwenden sind. In zahlreichen Fällen suchten tarifgebundene Lehrherren sich von der Bezahlung der tariflichen Kostengeldsätze zu drücken, und findige Unternehmersyndizi beriefen sich zur Begründung ihrer Auffassung auf § 27, Abs. 2 des Mantelvertrages. Hier war die Herbeiführung einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts unumgänglich, sie ließ sich aber nur durch die Rechtshilfe des Verbandes ermöglichen.

Besonders wirkungsvoll gestaltet sich die Rechtshilfe des Verbandes auf dem Gebiete der Sozialversicherung, insbesondere wo es sich um die Gewährung oder die Erhaltung einer Unfall- oder Invalidenrente handelt. Hier ist die Verfolgung berechtigter Ansprüche meist von der Beibringung ärztlicher Gutachten oder Obergutachten abhängig, welche mitunter recht erhebliche Vorschußzahlungen notwendig machen. Die Rechtsschutzgewährung des Verbandes erstreckt sich auch auf die Übernahme der Vorschußzahlung, wodurch vielen Arbeits-

invaliden die Verfolgung ihres Rechtsanspruches erst möglich gemacht wird.

Es kann sich hier nur um einige Andeutungen handeln, aber sie dürften genügen, um erkennen zu lassen, daß der Rechtsschutz des Verbandes doch eine größere Bedeutung hat, als manche Kollegen an-

Die Tarifverträge im Holzgewerbe gekündigt

Nachdem die Lohnvereinbarungen in den meisten Bezirken abgelaufen sind und nicht wieder erneuert werden konnten, bietet die Kündigung der noch geltenden Mantelverträge keine sonderliche Überraschung. In den meisten Fällen waren die Mantelverträge bis zum 15. Februar 1933 abgeschlossen mit dreimonatiger Kündigung. Dieser Kündigungstermin ist eingehalten worden sowohl von den Bezirksverbänden des Arbeitgeberverbandes wie von den Innungen und Innungsverbänden, soweit diese Vertragspartner sind.

Zum Ablauf am 15. Februar 1933 sind gekündigt die Tarifverträge in Bayern, Brandenburg, Düsseldorf (hier besteht nur der Tarifvertrag mit der Firma Schöndorff), Halle, Köln, Lippe-Deimold, Rheinland-Westfalen, Freistaat Sachsen und Württemberg. Von Kassel liegt die Mitteilung über die erfolgte Kündigung noch nicht vor.

Die Mantelverträge für Ostpreußen, Östliches Westfalen und Sachsen-Anhalt gelten bis zum 31. März 1933. Der Kündigungstermin liegt später, wir zweifeln aber nicht, daß er eingehalten werden wird. Es würde dann nur der Tarifvertrag für das Rhein- gebiet bleiben, der bis zum Ende des Jahres 1933 gilt.

In den meisten Fällen haben die Unternehmer einen Grund für die Kündigung nicht

Agitation im Gau Nürnberg

Die Werbetätigkeit für den Verband hat in den letzten Jahren unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse stark gelitten. Nicht nur, daß die Zahl der Neuaufnahmen immer geringer wurde, auch die Zahl der Mitglieder ging zurück.

Durch die vielen politischen Wahlen im Jahre 1932 wurde die Arbeiterschaft stark in Anspruch genommen. Alle Gedanken und alle Hoffnungen waren auf diese Wahlen, von deren Ausgang man sich eine Erlösung aus der Wirtschaftskrise und Arbeitslosennot versprach, konzentriert. Der Gedanke der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch immer engeren Zusammenschluß in den Gewerkschaften war zurückgedrängt. Und als gar noch die Notverordnung der Regierung Papeu vom 14. Juni 1932 herauskam, die auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geradezu verheerend wirkte und durch die besonders die Arbeitslosen schwer betroffen wurden, machte sich eine immer größere Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit breit. Diese wurde noch vergrößert durch die Notverordnung vom 5. September 1932, durch die der Tarifgedanke schwer geschädigt wurde und die Löhne in brutaler Weise gekürzt werden sollten.

Eines Teiles der Arbeiterschaft bemächtigte sich der Gedanke, die Gewerkschaften hätten versagt, die Gewerkschaften seien erledigt, es habe keinen Zweck mehr, dem Verband anzugehören. Und diese falsche Auffassung wurde von allen Gegnern der Gewerkschaften, den Unternehmern, der Nazi- partei und nicht zuletzt von den kommunistischen Gewerkschaftszersplitterern kräftig genährt. Dieser Stimmung war auch manche Ortsverwaltung unseres Gaues erlegen. Die Folge davon war, daß die Verbandstätigkeit zu erlahmen begann. Mutlosigkeit verbreitete sich unter der Arbeiterschaft.

Dieser falschen Gemüts, Meinungen und Gedanken mußte entgegengewirkt werden. Die Lähme und Untätigkeit in den Verwaltungen war unerträglich. Der Gau- vorstand entschloß sich daher, im September und Oktober Aufklärungsversammlungen abzuhalten. In 56 Orten unseres Gaues

nahmen. Niemand ist dagegen geschützt, daß er einmal in die Lage kommt, Rechtsansprüche vor den Gerichten oder den Organen der Sozialversicherung geltend zu machen. Die Mitgliedschaft im Verband gibt die Gewähr dafür, daß diese Ansprüche sachkundig vertreten werden. A. G.

angegeben. Auch dort, wo in den Kündigungsschreiben die vertragliche Verpflichtung erwähnt ist, wonach binnen 4 Wochen nach der Kündigung Verhandlungen über die etwaige Erneuerung aufgenommen werden müssen, sind die Forderungen, welche die Unternehmer zu stellen beabsichtigen, nicht genannt.

Einen Grund für die Kündigung hat nur der Rheinisch-Westfälisch-Lippische Tischler-Innungsverband mitgeteilt. Er erklärt, zu der Kündigung des Tarifvertrages für Rheinland-Westfalen durch das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums veranlaßt zu sein, welches nach drei Monate langer Erwägung den Teil des Regierungsbezirks Münster von der im übrigen ausgesprochenen Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen hat, der in das Vertragsgebiet hineinragt.

Erwähnt sei noch eine Bemerkung in dem Kündigungsschreiben für den Freistaat Sachsen. Dort heißt es: „Bezüglich der Verpflichtung, spätestens 4 Wochen nach der Kündigung Verhandlungen über die Erneuerung des Mantelvertrages aufzunehmen, können wir Ihnen zur Zeit noch keine Mitteilung machen, da die Stellungnahme der anderen Arbeitgeberverbände der Holzindustrie und des Holzgewerbes uns bisher noch nicht bekannt ist.“

fanden in dieser Zeit trotz des schweren Wahlkampfes gut vorbereitete Versammlungen statt. In allen Versammlungen wurde das Thema behandelt: „Auf zum Kampf gegen die Zerschlagung der Tarifverträge und der Arbeiterversicherung.“ Der Besuch der Versammlungen war in Anbetracht der Tatsache, daß viele Arbeiter heute nicht zur Versammlung gehen, weil sie sich nicht einmal ein Glas Bier kaufen können, zufriedenstellend und stand in nichts dem Besuch früherer ähnlicher Veranstaltungen nach. Die Ausführungen der Redner wurden mit großem Interesse aufgenommen, der Zweck der Versammlungen, die Mitglieder aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, die Verbandstätigkeit anzuregen, wurde in großem Maße erreicht. Der Gedanke, die Gewerkschaften seien erledigt, fand in diesen Versammlungen keine Stätte, der Glaube und die Überzeugung an die Macht der Gewerkschaften stehen unerschüttert, trotz aller Nörgelei und Miesmacherei eines Teiles der Arbeiterschaft.

Alle Versammlungen klangen aus in dem Gelöbnis, alles daranzusetzen, den Verband über die schlimmsten Verhältnisse hinwegzusetzen in dem Bewußtsein, daß nur mit seiner Hilfe das Verlorene wieder zurückerobert werden kann. K. M.

Ohne Verband geht es nicht

Das haben die Kollegen in einem größeren Betrieb in Königsberg i. Pr. erkannt. Dort wurden seit längerer Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen von der Ortsverwaltung mit dem Betriebsdirektor geregelt. Das Ergebnis dieser Regelung fanden die Kollegen befriedigend; sie kamen daher zu der Auffassung, daß die Dinge von selbst gehen und eine Mitgliedschaft im Verband kaum noch nötig sei. Einige blieben mit den Beiträgen im Rückstand, andere stellten die Zahlung ganz ein, manche empfanden auch Sympathie für die RGO. Indessen war der letzte Tarifvertrag abgelaufen und die Verhandlungen über die Erneuerung blieben er-

gebnislos. Statt dessen kam die Betriebsleitung mit einem Anschlag heraus, der neue, wesentlich herabgesetzte Löhne enthielt. Nun war bei der Belegschaft Feuer unterm Dach. Man wandte sich an die Ortsverwaltung. Es wurde verhandelt, aber die Ortsverwaltung war mit dem Ergebnis, das zwar eine beträchtliche Minderung der angekündigten Abzüge brachte, gar nicht recht zufrieden. Die Kollegen fanden es aber annehmbar, und so kam ein neues Abkommen zustande. Nun merkten aber auch die Kollegen und Kolleginnen, daß die Lohnregelung doch nicht so „von allein“ kommt. 15 Kollegen, die mit den Beiträgen im Rückstand waren, brachten ihre Bücher in Ordnung, 16 weitere, die zu weit rückständig waren, ließen sich wieder aufnehmen und dazu kamen 17 Neuaufnahmen. Die ganze Belegschaft hat jetzt erkannt, daß es ohne Verband doch nicht geht.

Allgemeinverbindlich

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 7. November ist die am 2. August durch bindende Entscheidung des Schlichters zustande gekommene Lohn- tafelfür den allgemeinverbindlichen Bezirks- tarifvertrag für das Korbmachergewerbe mit Wirkung vom 15. Oktober 1932 an für allgemeinverbindlich erklärt. Die Allgemeinverbindlichkeit gilt für die Korbmacher-Werkstättenarbeiter in den Regierungsbezirken Ober-, Unter- und Mittelfranken und die Gebiete der früheren Herzogtümer Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg-Gotha.

Kopf hoch, Kollegen!

Die Betätigung als Verbandsfunktionär erfordert heute großen Opfermut. In der Zeit der Not wird viel Kritik geübt, nicht immer berechtigt. Mitunter werden auch der Verband und die Verbandsfunktionäre für Dinge verantwortlich gemacht, die sie beim besten Willen nicht ändern können. Ich will nicht auf all das eingehen, was wir uns mit Hilfe unseres Verbandes errungen haben, bis wir von der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen schweren Not betroffen wurden. Es gibt so viele Kollegen, die alle Vorteile als etwas Selbstverständliches hinnehmen. Erst wenn uns diese Vorteile genommen werden, erkennen sie ihren Wert und dann schelten sie über den Verband. Wenn man die Entwicklung der Dinge in den letzten Jahren betrachtet, muß man doch sagen, daß vieles nicht so schlimm geworden wäre, wenn wir weniger kritisiert, aber um so inniger dem Verbands die Treue gehalten hätten.

Unser Verband hat im Laufe der Zeit sein Unterstützungswesen ausgebaut und er hat vielen in Not geratenen Kollegen geholfen. Das hat manche Kollegen zu der Auffassung gebracht, daß diese Unterstützung der Hauptzweck des Verbandes sei. Als dann die Unterstützungen gekürzt werden mußten, hat das Mißmut erregt. Daraus müssen wir lernen, unsere Kollegen noch viel mehr als seither darüber aufzuklären, daß unser Verband keine Unterstützungskasse, sondern eine Kampforganisation ist. Die Einstellung der Unternehmer in dieser Zeit ist erklärlich. Die große Zahl der Arbeitslosen gibt ihnen die Möglichkeit, uns manches zuzumuten, was sie unter anderen Verhältnissen nicht wagen würden. Wer einmal gründlich darüber nachdenkt, aus welchen Ursachen die Krise entstanden ist, wird erkennen, daß man die Gewerkschaften am allerwenigsten dafür verantwortlich machen kann. Aber gerade da setzen die Gegner in den eigenen Reihen ein. Die Zelle, der Kozis und Nazis bestreiten ihre Agitation mit dem Herunterreißen der Gewerkschaften. Diese Spaltplätze kennen anscheinend kein höheres Ziel, als unsere Organisation zu zerschlagen und uns vollends wehrlos zu machen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Wir müssen die Kollegen aufklären; jeder muß erkennen, daß wir nur durch festen Zusammenhalt im Verband wieder vorwärtskommen können.

Mit Liefzinsen dieses Nummern ist der 48. Wochenauslieferung fällig



Holzindustrie



Wie hoch ist der Lohnanteil in der Möbelindustrie?

Auf diese Frage könnten die Unternehmer am ehesten die richtige Antwort geben, sie drücken sich darum aber herum wie die Katze um den heißen Brei. Was von ihnen darüber zu hören ist, sind allgemeine Behauptungen, die niemand glaubt. Offenbar fürchten sie, daß das Bekanntsein der Wahrheit über diese Dinge sie schädigen könnte. Sie machen mit der Verheimlichung der tatsächlichen Höhe des Lohnanteils ein Geschäft — anders kann man sich ihr Verhalten nicht erklären.

In diese Geheimnisache der Unternehmer helles Licht zu machen, ist eine verdienstvolle Aufgabe. Ein kleiner Beitrag hierzu ist eine Veröffentlichung in Nr. 10 der AWF-Mitteilungen 1932 (herausgegeben vom AWF, Berlin NW 7), die sich mit der „wirtschaftlichen Fertigung in Möbelfabriken“ beschäftigt. Der Verfasser, Oberingenieur Ebert (Berlin) berichtet über eine Möbelfabrik, die in einem „im allgemeinen räumlich nicht günstig angeordneten Fabrikgebäude“ ohne bauliche Veränderungen so eingerichtet wurde, daß im „ganzen Fertigungsprozeß eine fließende Arbeitsfolge eingehalten“ wird. Ferner wurden bessere Werkzeuge eingeführt und arbeitssparende Hilfsmittel in Anwendung gebracht. Der Erfolg war „eine tägliche Produktionssteigerung von vier auf sechs Zimmer“. Dami konnte die Rentabilität des Betriebes noch „ganz erheblich dadurch gesteigert werden, daß eine Einschränkung des Fabrikationsprogramms in der Typenzahl durchgeführt wurde“. Es wurden die Typen gestrichen, die nur mit übermäßig hohen Kosten hergestellt werden konnten und infolgedessen eine starke Belastung des Betriebes bedeuteten. „Das Werk stellte früher sieben verschiedene Typen von Speisezimmer her und erzielte damit einen Jahresumsatz von 1 665 420 Mk., bei einem Reingewinn von 43 380 Mk.“ Später wurden nur vier Typen hergestellt, wodurch der Jahresumsatz um etwa 300 000 Mk. zurückging, der Reingewinn aber stieg um 54 780 Mark auf 98 160 Mk.

Wie die Materialkosten, die produktiven Löhne und der Nettogewinn sich auf die einzelnen Typen im Monatsdurchschnitt verteilen, weist Ebert zahlenmäßig nach. Wir veröffentlichen aus seinen Tabellen folgenden Auszug:

Produktionskosten, Verkaufserlöse, Lohnanteile.

Type	Materialkosten Mark im Monatsdurchschnitt	Produktive Löhne	Nettoerlöse	Lohnanteil	
				am Nettoerlös Prozent	am Einzelhandelspreis Prozent
A	3 050	1 400	11 150	12,5	8,4
B	5 500	2 000	12 000	16,7	11,1
C	5 750	1 600	26 150	6,1	4,1
D	4 700	3 050	16 029	19,0	12,7
E	11 500	3 750	41 180	9,1	6,1
F	8 550	3 900	17 005	23,0	15,3
G	5 300	3 400	15 280	22,2	14,8

*) Nettoerlös und 50 Prozent Handelsaufschlag.

Die Berechnung der Lohnanteile in der Tabelle stammt von uns. Nettoerlös ist hier gleich Verkaufspreis ab Fabrik, also der Großhandelspreis. In der Veröffentlichung des Herrn Ebert fehlt eine Erklärung darüber, wie die Durchschnittszahlen errechnet sind. Vermutlich liegen die Dinge so: Die Material- und Lohnkosten beziehen sich auf die Gesamtproduktion des Jahres, der Nettoerlösbetrag auf die im gleichen Zeitabschnitt verkauften Möbel. Ist die Produktion restlos verkauft worden, dann sind die Kosten- und Nettoerlöszahlen miteinander vergleichbar. Das geht aber nicht, wenn ein Teil der Produktion auf Lager gekommen ist, denn dann ist auch auf die Einnahmen nur ein Teil des erzeugten Wertes erfaßt worden, während auf der Ansatzseite alle Unkosten berücksichtigt sind. Aus dem Umstand, daß bei der Einschränkung der Typenzahl die Typen B, F und G ausgeschaltet wurden, darf ge-

schlossen werden, daß diese Möbel schwer an den Mann zu bringen waren, eine ziemliche Menge davon wird wahrscheinlich längere Zeit auf Lager gestanden haben. Es sind dies jene Typen, die in der Tabelle mit den höchsten Lohnanteilen stehen, nur die Type B bleibt ein wenig hinter der Type D zurück. Sieht man von diesen drei Typen ab, dann schwankt bei den übrigen der Lohnanteil am Nettoerlös zwischen 6,1 und 19,0 Prozent; die 19 Prozent sind auch nur so zu erklären, daß auch von dieser Type ein größerer Teil der Produktion im laufenden Jahre unverkauft geblieben ist. Das beste Geschäft ist offensichtlich mit den Typen C und E gemacht worden: hier betrug der Lohnanteil nur 6,1 und 9,1 Prozent vom Großhandelspreis.

Diese Tatsache sieht wesentlich anders aus als die Behauptungen, die wir über diese Sache von den Unternehmern zu hören gewohnt sind. Indessen glauben wir nicht, daß ein Lohnanteil in dieser Höhe das Normale ist. Im Durchschnitt wird man den Anteil der produktiven Löhne am Großhandelspreis auf 10 bis 15 Prozent schätzen können. Das gilt jedenfalls für modern eingerichtete Möbelbetriebe.

In der letzten Spalte der Tabelle haben wir den Lohnanteil am Einzelhandelspreis berechnet. Dabei sind wir von der Annahme ausgegangen, daß der Möbelhändler mit 50 Prozent Handelsaufschlag arbeitet. Es ist wahrscheinlich, daß heute manche Möbelhändler sich mit weniger zufrieden geben, andere nehmen aber auch jetzt noch mehr. Das läßt sich leicht in solchen Möbelgeschäften feststellen, die hauptsächlich Erzeugnisse bekannter Möbelfabriken verkaufen.

Wie dem im ganzen aber auch sei, soviel steht fest: In der Möbelindustrie ist der Lohnanteil wesentlich niedriger, als die Unternehmer behaupten und die Möbelhändler ihren Kunden erzählen. Das geht aus allen Angaben hervor, die nicht bewußt mit der Wahrheit in Widerspruch stehen.

Irrwege der Sägewerksbesitzer

Der Süddeutsche Sägewerkverein hielt seine diesjährige Hauptversammlung kürzlich in Nürnberg ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die augenblickliche Lage der deutschen Holzwirtschaft. Nach dem Bericht des „Holzmarkts“ führte der Geschäftsführer des Unternehmervereines, Birkenstein, aus, daß „der neuerliche Verlauf des Rundholzeinkaufs Anlaß zu mancherlei Befürchtungen gebe. Fast hat es den Anschein, als ob sich die unheilvollen Zustände von 1927/28 wiederholen sollten. Auch heute überläßt man sich im Holzeinkauf einer Haussestimung, für die zunächst jede greifbare Unterlage fehlt.“

Im Augenblick fehlt wohl auch für die Annahme, daß wir den „unheilvollen Zuständen von 1927/28“ nahe sind, noch jede greifbare Unterlage, aber es ist gut, daß wenigstens die Führer der Sägewerksunternehmer heute an jene Zeiten zurückdenken. Damals wurden die Holzpreise, vor allem die Rundholzpreise, auf eine wahnsinnige Höhe getrieben. Herr Mantel von der bayerischen Staatsforstverwaltung hat im Anschluß an die Ausführungen von Birkenstein gesagt, „die Rundholzpreise von 1927/28 waren zweifellos zu hoch, wenn man sie im Rahmen des Weltmarktes betrachtet“. Sie waren nicht nur im Rahmen des Weltmarktes zu hoch, sondern auch vom Standpunkt des deutschen Preisstandes aus gesehen. Und sie waren zu hoch, viel zu hoch für die deutsche und internationale Konkurrenzlage der deutschen Holzverarbeitenden Industrien. Diese hätten in all den Jahren manches Arbeitsstück mehr verkaufen können, wenn dessen Preis nicht durch die hohen Holzpreise auf eine phantastische Höhe getrieben worden wäre.

Bis vor kurzem lagen die Rundholzpreise anormal tief. In den letzten Wochen sind sie ein wenig gestiegen und jetzt steigen sie von Tag zu Tag weiter. Die

Sägewerksbesitzer sehen anscheinend eine neue Hochkonjunktur anbrechen. Nicht nur in Bayern, auch in anderen Reichsgebieten ist am Rundholzmarkt so etwas wie eine Haussestimung anzutreffen. Freilich längst nicht in dem Grade und dem Ausmaße wie 1927/28, aber doch so laut, daß selbst verantwortungsbewußte Sägewerksunternehmer aufhorchen, wie die Rede des Herrn Birkenstein beweist. Im übrigen aber läßt man die Dinge laufen, wie sie laufen. Ja, nicht nur das: Die Masse der Unternehmer stimmt sogar Vorschlägen zu, die auf die „unheilvollen Zustände von 1927/28“ bewußt hinsteuern!

Herr Mantel hat unter dem Beifall der anwesenden Sägewerksunternehmer auch „den Weg gezeigt“, der gegangen werden müsse, wenn die Holzindustrie wieder gesunden solle. Er führte aus: „Die Gesundung muß durch Erhöhung der Zölle für alle Holzsortimente, insbesondere für Schnittholz angestrebt werden. Bis zur Erhöhung der Zölle muß die Holzeinfuhr kontingentiert werden, was auch in Ihrem Interesse liegt.“ Irgendeine Gefahr erwache der deutschen Holzindustrie aus einer starken Drosselung der Holzeinfuhr nicht, denn „der deutsche Holzbedarf kann vermutlich auf lange Zeit hinaus aus eigener Produktion gedeckt werden“.

Die gleiche Vermutung hat Mantel schon vor etwa zehn Jahren wiederholt ausgesprochen, um dann vom tatsächlichen Verlauf der Dinge bitter unrecht zu bekommen. Daraus hat er aber nichts gelernt, er spielt sich auch jetzt wieder als weiser Prophet auf, der er hier und auch in manchen anderen Problemen nicht ist. Das sollten auch die Sägewerksunternehmer allmählich begriffen haben. Folgen sie jedoch auch jetzt wieder Mantels listigen Vermutungen, dann werden sie es erst bedauern, wenn es zu spät ist. Die „unheilvollen Zustände von 1927/28“, die Herr Birkenstein heranschleichen sieht, sind zum Wiederkommen doch geradezu gezwungen, wenn bei steigender Holz Nachfrage die Einfuhr von ausländischem Holz durch hohe Zölle oder Festsetzung von Einfuhrkontingenten stark erschwert wird. Es müßte dann ein Wettrennen nach deutschem Holz einsetzen, bei dem die Preise abermals eine wahnsinnige Höhe erreichen würden, denn daß der deutsche Wald jemals in der Lage sein wird, den Holzbedarf der deutschen Wirtschaft bei einigermaßen guter Beschäftigungslage zu befriedigen, glaubt außer Herrn Mantel und einigen anderen Waldbesitzervertretern niemand mehr.

Auch der Leiter der Schnittholzverkaufsvereinigung „Oberallgäu“, Herr Droth (Sonthofen), hat Vorschläge für die Gesundung der Holzindustrie gemacht. Er forderte: „1. Zusammenschluß im Verkauf; 2. Herabsetzung der Löhne; 3. sofortige Inangriffnahme eines Siedlungsplanes; 4. Verbilligung der Frachtsätze für Schnittholz; 5. Schutz des im Inland erzeugten Schnittholzes und 6. mehr Propaganda für deutsches Holz.“ Die Lohnkürzungen stehen in diesem Programm zwar an zweiter Stelle, diese Forderung wird aber wohl den lautesten Beifall der Versammlungsteilnehmer gefunden haben. Doch über sie entscheiden die Unternehmer ja nicht allein, sondern dabei reden auch die Sägewerksarbeiter noch ein Wort mit.

Zum Schluß sei aus der Rede des Vertreters der Süddeutschen Holzwirtschaftsbank, Dr. Ritscher, noch die Feststellung erwähnt, daß „die bayerische Holzwirtschaft durchaus gesund ist, was besonders die Abwicklung der Holzgeldrückstände aus früheren Jahren beweise. Die Hälfte der Rückstände konnte ohne irgendwelche Zwangsmaßnahmen abgetragen werden.“

Über diese Feststellung freuen sich auch die Holzarbeiter, denn sie klingt doch etwas anders als das sonst übliche Jammergeschrei der Unternehmer, die „vor lauter Schulden nicht ein noch aus wissen“.

Abgebaute Zollerhöhungen

Bis zum 5. September 1932 betrug der Einfuhrzoll für Stuhlrohr je nach dem Grade der Bearbeitung 3, 6 und 10 Mk. je Doppelzentner. Am 6. September setzte die Papen-Regierung neue Zölle fest, und zwar wurden die Sätze erhöht von 3 auf 20 Mk., von 6 auf 30 Mk. und von 10 auf 35 Mk.

Diese Zollerhöhungen waren für jeden Menschen, der seine fünf Sinne noch beisammen hat, unfaßbar. Man weiß, daß die „Regierung der nationalen Konzentration“ die heimische Wirtschaft „schützen“ will und des Glaubens ist, dies einzig und allein durch höhere Zölle und Festsetzung von Einfuhrkontingenten tun zu können. Angenommen, dies stimme (in Wirklichkeit ist diese Politik grundfalsch), so muß man sich im Falle des Stuhlrohrs doch fragen, welcher deutscher Industriezweig durch die Einfuhr von Peddig-, Bambus-, Rebhühner-, Zucker- und anderes edleres Rohr geschädigt werden könnte. Denn solches Rohr wächst in Deutschland nicht, infolgedessen kann es auch keiner deutschen Gewerbegruppe irgendwelche Konkurrenz machen.

Die Papen-Regierung fand aber auch für das Unsinnigste ihrer Handlungen immer noch eine Begründung. Also sagte sie: Die Einfuhrdrosselung von Stuhlrohr ist nötig, damit dem deutschen Weidenbau geholfen wird. Die Weidenbauer sind der Ansicht, daß z. B. ein Korbsessel aus Peddigrohr in einem deutschen Haus ein unerhörtes Luxus ist, einer aus deutscher Weide erfülle den gleichen Zweck.

Wir wissen uns von der Auslandswaremanie frei, aber das muß festgestellt werden: Korbmöbel und andere feine Korbwaren aus Rohr sind qualitativ wertvoller und wohlfeiler als solche aus Weide. Sollte es den Weidenbauern mit ihren Zollforderungen gelingen, die Korbwaren aus Rohr so zu verteuern, daß sie in Deutschland so gut wie unverkäuflich sind, einen Nutzen davon werden sie nicht haben, denn es ist Selbstbetrug, wenn sie hoffen, das Publikum werde dann solche aus Weide kaufen.

Von der Zollerhöhung für Rohr hat niemand in Deutschland einen Nutzen, aber viele großen Schaden. Das sind die Korbmacher der Korbmöbelindustrie. Die Handelskammer Koburg sagte in ihrem Protestschreiben gegen die Zollerhöhungen mit vollem Recht: „Mit diesen neuen Zollsätzen ist ganz besonders der Bezug des billigen Materials für die heimische Industrie zur Unmöglichkeit gemacht worden. Bei dem geringen Lohnanfall für die Bearbeitung des Materials in Deutschland ist der Schaden, der bei dem Prohibitivzoll in der Unmöglichkeit der Weiterverarbeitung besteht, außerordentlich groß.“

In ähnlichem Sinne ist auch von anderen Stellen gegen die unsinnigen und deutschlandfeindlichen Zollerhöhungen entschieden Einspruch erhoben worden. Mit dem Erfolg, daß die „Regierung der grundsätzlich neuen Staatsführung“ heute verbrannt hat, was sie gestern anbetete. Am 9. November erschien eine neue Zollverordnung, die den Einfuhrzoll herabsetzt: für rohes Peddigrohr von 20 auf 10 Mk., für anderes Rohr von 20 auf 3 Mk.; für gerissenes Peddigrohr von 30 auf 14 Mk., für anderes Rohr von 30 auf 6 Mk.; für gefirnissetes, lackiertes oder poliertes gerissenes Peddigrohr von 35 auf 18 Mk., für anderes von 35 auf 10 Mk.

Die neuen Zollsätze für „anderes“ Rohr sind die gleichen, wie sie vor dem 6. September und auch schon in der Vorkriegszeit in Kraft waren. Da meist rohes Rohr eingeführt wird, für das der Zoll 3 Mk. je Doppelzentner beträgt, kann man mit einer Zollbelastung von etwa 3 bis 5 Prozent rechnen. Für Peddigrohr dagegen beträgt die Zollbelastung auch jetzt noch 10 bis 15 Prozent. Das ist für die Korbmöbelindustrie, die wie nur wenige andere um ihre Existenz ringen muß, zuviel. Statt ihr den Existenzkampf zu erleichtern, wird er ihr durch die Papen-Regierung erschwert. Und das ganze läuft unter der Firma: Förderung der deutschen Wirtschaft.



Heim und Familie



Frau Müller tut das richtige!

Das war im Erzgebirge, in Thüringen oder sonstwo — der Name tut ja nichts zur Sache. Jedenfalls war es in einem jener armseligen Pantoffel- und Siebmacherdörfer, die in jedem deutschen Gebirgszug inmitten tiefer, dunkler Wälder liegen. Wir nehmen an, das Dorf hieß Ellenbach.

In diesem Nest, in das nur selten Wanderer und Sommerfrischler kommen — nur der Wirt beim Obergraben hat fünf „Zimmer mit allem Komfort“ — kam eines Sonntags der Pantoffelmacher Gliebusch, ein zusammengesunkenes fünfzigjähriges Männlein, nach Hause. Er war in der drei Gehstunden entfernten Stadt gewesen, wo er seine gefertigten Pantoffel abgeliefert hatte. Er war mißgestimmt. Der Fabrikant hatte die Macherlöhne herabgesetzt. Trotz Einwände der Pantoffelmacher. Sie hatten aufgemuckt, aber letzten Endes hatten sie sich dreingefunden und waren mit neuen Aufträgen heimgetrottelt.

Schändlich wenig Mark klimperten in Gliebuschs Tasche. Elf Mark und einige Pfennige hatte er für die mühselige Arbeit einer Woche erhalten. Das war viel. Er galt als einer der besten Arbeiter. Ihm ging das Schaffen von der Hand. Dreißig Jahre hindurch machte er schon Pantoffel; Pantoffel, die in den Wäldern die Menschen tragen, die die Bauern zu ihrer Stallarbeit benötigen. Seine Kollegen verdienten weit weniger.

Auf dem Heimweg hatten sie über ihre Lage gesprochen. Es ging so nicht mehr weiter. Die Not ward Tag um Tag größer. Hunger drohte. Nun wurden die elenden Löhne gar noch gekürzt. Es mußte etwas unternommen werden.

Gliebusch hatte sich mit seinen Kollegen ausgetauscht: „Wenn wir nicht einig sind, wenn wir nicht Mann für Mann aufmurren, dann wird unser Elend ins Unermeßliche steigen. Wir müssen uns wehren. Unser Arbeiten wird ansonsten vollkommen sinnlos. Ohne Aussicht auf Lohn, ohne Erfolg; das ist kein Schaffen. Wir aber wollen mit Freude schaffen! Und Erfolg sehen! Das aber können wir nur gemeinsam mit allen Kollegen in den Wäldern! Wir müssen eins sein, wir Pantoffelmacher, eins sein mit allen Holzarbeitern!... Hm... Das sagte meine Schwiegertochter. Die muß es wissen. Sie war in den letzten Wochen einige Male zu Frauenversammlungen in der Stadt. Die Frauen beschämten uns. Sie sind uns voraus. Sie haben sich organisiert, um gemeinsam für ihre Sache zu kämpfen!... Wir Männer...“

Die Kollegen hatten ihm beigeppflichtet. Hin und her war diskutiert worden. Langes und breites. Man war sich einig, daß es ohne Kampf nicht mehr gehen würde, und daß dieser Kampf nur gemeinsam mit der ganzen Berufsgruppe durchzuführen sei. Schon morgen wolle man Schritte unternehmen, um eine Versammlung der Kollegen aus den Dörfern rings um die Stadt einzuberufen. Ein Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, dem alle Tischler und Holzarbeiter in weitem Umkreis seit langem angehörten, solle als Redner gebeten werden. Man wolle alle Kollegen auffordern, dem Holzarbeiter-Verband beizutreten...

Da aber war einer aufgetreten: „Kollegen, vergeßt nicht, wer ihr seid! Besinnt euch! Wir sind keine Arbeiter wie die, die in Fabriken und Werkstätten für Lohn schaffen. Wir sind nicht Arbeiter im Sinne dieses Wortes! Wir sind selbständige Leute, die über ihre Zeit frei verfügen können. Wir sind ehrbare Handwerker. Wir sind vielfach Besitzer von Haus und Hof! Wir sind der Mittelstand! Daß es uns einmal schlecht geht, ist doch kein Grund, sich mit den Arbeitern solidarisch zu erklären. Nein, nach schlechten Zeiten kommen auch gute. Auch ohne unser Zutun! Jawohl! Wir sollten lieber... Nee, was brauchen wir eine Gewerkschaft?... Einen Handwerkerverein müssen wir ins Leben rufen. Oder eine Innung! Jeder Ort für sich. Nicht den Ar-

beitern müssen wir es nachmachen, nein, den Fleischern, den Bäckern, den Schmieden, den Friseuren müssen wir gleichen!“

Gliebusch war abgeschwenkt und auf sein Haus zugetreten. Seine Verstimmung wuchs. Der Anblick seines schindelgedeckten Häuschens erinnerte ihn an fällige Steuern. Wobor sollte er die Summe nehmen? Dann die Worte des Kollegen, der eine Innung haben wollte! Wo war die Einigkeit, die bitter not ist? Zusammenhalt?... Mißmutig stülpte er die Schuhe aus, um die weißgeschuerten Dielen zu schonen.

So trat er seiner wartenden Schwiegertochter, der Witwe Müller — so hieß sie nach ihrem zweiten, ebenfalls verstorbenen Mann —, Mutter von sechs Kindern, gegenüber. Frau Müller, eine erst 34 Jahre alte Frau, besorgte ihm nach dem Tode seiner Frau die Wirtschaft.

„Wieviel?“ fragte sie nach der Begrüßung.

„Elf“, war die Antwort.

„Elf Mark für die Arbeit einer Woche! Was soll das heißen? Deine Mühen werden nicht einmal bezahlt! Wohin soll das führen?...“ Nach einer Pause fügte sie hinzu: „Hast du mit den Kollegen gesprochen wegen der Gewerkschaft?“

„Hm. Anfangs waren sie dafür. Doch der Wagner schwafelte von einer Innung. Und da sind sie umgeschwenkt, vielleicht. Ich habe die Debatte nicht bis zum Ende mit angehört...“

„Gib mir das Geld, ich will einkaufen.“ Die Frau hatte einen Entschluß gefaßt.

Nachdenklich war Frau Müller zum Konsum gegangen. Die Pantoffelmacherfrauen waren einkaufen. Sie kauften für die Woche ein, Lebensmittel und, wenn etwas übrigblieb vom Haushaltsgeld, auch ein Stück Zeug, Schuhe und Kleidung für die Kinder oder sonst etwas.

Heute rechneten die Frauen mehr denn je. Die Männer hatten ausnahmslos weniger Geld heimgebracht. Frau Wagner führte das Wort:

„Da könnt ihr sagen, was ihr wollt. Es geht einfach so nicht mehr weiter. Was nützt uns die ganze Plag, wenn wir obendrein hungern müssen! Die Arbeit wird immer weniger wert. Und während wir darben, stecken die anderen das Geld in die Taschen. Mit den Pantoffelmachern können sie es ja machen. Die nehmen alles geduldig hin. Seht die Tischler an, die haben geregelte Löhne...“

„Weil sie organisiert sind. Und weil sie geschickt organisiert sind. Die bitten und betteln nicht, sie fordern durch ihre Gewerkschaft. Vor dieser Gewerkschaft haben die Fabrikanten Respekt. Die Pantoffelmacher müssen sich dieser Gewerkschaft anschließen. Und wenn unsere Männer uneinig sind und zögern, dann setzen wir es durch. Jawohl!“ warf Frau Müller ein.

Die Frauen standen noch lange beisammen. Unter ihnen war nicht die Uneinigkeit der Männer. Sie sahen die Dinge besser. Genau so, wie sie ihre Bedürfnisse nur im Konsum deckten, weil sie die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Güterdeckung erkannt hatten — anfangs unbestimmt erst zwar —, genau so sahen sie nur im Beitritt ihrer Männer, Söhne und Väter zur Gewerkschaft den Weg, der zum Erfolg, zur grundgreifenden Änderung der Verhältnisse führen kann. Sie wollen nichts wissen von der Bezeichnung „Mittelstand“. Sie pfliften auf den Titel „Frau Meisterin“. Sie wußten zwar, daß ihre Männer selbständige Handwerker sind; aber sie sahen die Brotlosigkeit dieser „Selbständigkeit“, sie spürten die Unterdrückung durch die Fabrikanten... Und Frau Müller hatte einen Gedanken! Die Frauen verschworen sich gegen die Männer...

Das war eine Aufregung in den Dörfern. Gesern war eine Versammlung gewesen. Die Frauen hatten sie einberufen. Frau Müller hatte verantwortlich gezeichnet. Die Männer waren dringend eingeladen gewesen.

Die Versammlung war ein voller Erfolg. Und ein schöner dazu. Heiß war es hergegangen. Hart gekämpft hatten die Parteien. Aber letzten Endes hatten die Einsichtigen, die Vernünftigen, den Sieg davongetragen: die Pantoffelmacher der Walddörfer beschlossen, alle Berufskollegen durch einen Rundbrief zum Beitritt in den Holzarbeiter-Verband aufzufordern. Sie selbst vollzogen am Schluß der Versammlung ihren Beitritt. Der anwesende Gewerkschaftsfunktionär hatte alle Hände voll zu tun.

Frau Müller lachte ihren Schwiegervater an: „Siehst du, Gliebusch, wenn ihr Männer zögert, dann müssen wir Frauen die Sache in die Hand nehmen. Nun ist Hoffnung da! Der Anfang ist gemacht. Die Pantoffelmacher sind Gewerkschafter geworden. Daß sie gute werden und stets zur Sache stehen, dafür werden die Genossen schon sorgen. Und wir Frauen!...“

Diese Begebenheit hat sich noch nicht zugetragen. Wenigstens bei den Pantoffelmachern noch nicht. Sie stehen mit vielen Schaffenden noch abseits. Hoffentlich sehen auch sie recht bald die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation ein!

Die große Schar der kleinen Handwerker aller Berufszweige, die eben im Grunde auch nur Lohnarbeiter sind, muß noch gewonnen werden! Und sei es mit Hilfe der Frauen!

Herbert Reinhold.

Gefühlsroheiten

Kinder sind oft grausam. Nicht nur im Spiel mit wehrlosen Tieren, nein auch anderen bedauernswerten Menschen gegenüber. Da wird dem mühsam mit der Krücke sich Fortbewegenden ein „Hinkebein“ nachgerufen, dort wird ein Kind, das als Folge der englischen Krankheit krumme Beine zurückbehalten hat, roh verulkt. Und dabei leiden solche Menschen schon an sich unter ihrer Entstellung und Körperbehinderung; Spott und Schabernack vergrämen sie und machen sie nur noch unglücklicher. Ja, manche Leiden gibt es, die unter diesem Hohn sich noch verschlimmern; beruhen sie doch vielfach auf nervösen Störungen, und gerade die Nerven werden durch die ewige Hänselei aufs schwerste gereizt. Der arme Stotterer gibt sich die größte Mühe, seinen Sprachfehler zu überwinden; wird aber sein Stottern von lieblosen Kameraden nachgeäfft, so bekommt er einen roten Kopf; er erregt sich, und die Worte, die noch eben glatt flossen, geraten ins Stocken und Flattern.

Ähnlich ist es mit den anderen, die einen „Tick“ haben, die unwillkürlich zuckende Bewegungen mit dem Kopf oder den Gliedmaßen ausführen. Bleiben sie unbeobachtet, so arbeiten sie an ihrer Selbsterziehung. Macht man aber auf sie aufmerksam, verspottet man sie gar, so steigern sich die unwillkürlichen Bewegungen.

Es ist nicht nur gefühlsroh, seine Mitmenschen ob ihrer körperlichen Schwächen auszulachen, es ist direkt ein Unrecht, das man ihnen antut. Man erschwert oder verhindert selbst den natürlichen Heilungsvorgang, der unter liebevollem Verständnis oder selbst nur unter Nichtbeachtung so viel leichter sich einstellt. Wer's weiß, wird danach handeln!

Laßt die Kinder gurgeln!

Die Kinder sollten möglichst frühzeitig ans Gurgeln gewöhnt werden. Gurgeln gehört nicht nur zur Reinlichkeit, es härtet auch den Hals ab und macht widerstandsfähiger gegen Krankheiten. Ist ein Kind nicht an das Gurgeln gewöhnt, so kann es dieses bei auftretenden Halskrankheiten nur oberflächlich und mangelhaft ausführen, wodurch die Arznei nicht zur vollen Wirkung gelangen kann. Man sieht also, wie wichtig das Gurgeln für die Gesundheit der Kinder und auch der Erwachsenen ist.

Kind und Tageszeitung

Bei der Bedeutung, welche die Tageszeitung heute im öffentlichen Leben hat, gehört sie in den meisten Familien sozusagen mit zum täglichen Brot. Da entsteht die Frage: Sollen unsere Kinder die Zeitung mitlesen?

Grundsätzlich ist dazu zu sagen: Alle Eltern sollten sich streng hüten, den Kindern das Zeitunglesen zu verbieten. Denn das führt auf jeden Fall zu einer falschen Einstellung zu der Tageszeitung und die Kindesphantasie über ihren Inhalt wird in falsche Bahnen gelenkt. Ebenso wie der Erwachsene nur schwach auf Dinge reagiert, die weit außerhalb seiner direkten Erfahrungswelt liegen, beschäftigt sich auch das Kind nur mit Dingen, in die es sich selbst hineinendenken kann. Daraus ist erklärlich, daß das normal veranlagte Kind für Sensationsmeldungen, Verbrechen und Mord weit weniger Interesse aufbringt, als man gewöhnlich annimmt. Mag sein, daß es solche Meldungen gierig verschlingt, aber seine Gedanken werden sicherlich nicht länger bei diesem wertlosen Zeug verweilen, als die Augen über die Zeilen gleiten.

Das Lesen von Kriminalfällen und ähnlichen Sachen wird auf das Kind kaum einen positiv-ungünstigen Einfluß ausüben können. Erst dann, wenn durch das Verbot der Eltern, solche Dinge zu lesen, das Interesse und die Aufmerksamkeit für diese unerfreulichen Affären besonders geweckt werden, werden die täglichen Meldungen solcher Art für es Bedeutung gewinnen. Denn: Verbotene Früchte reizen!

Peinlichst sollten die Eltern auch darauf achten, daß in Gegenwart der Kinder nicht über häßliche Tagesereignisse gesprochen wird. Es sollten lediglich gestellte Fragen beantwortet werden, aber so klug wie möglich.

So falsch es ist, dem Kinde das Zeitunglesen zu verbieten, genau so verkehrt wäre es, einen Zwang zum Zeitunglesen auszuüben. Handelt es sich jedoch um Kinder über elf bis zwölf Jahre, dann sollten sie bewußt dazu angeregt werden, die Tageszeitung mit Verständnis zu lesen. Man kann das dadurch zu erreichen versuchen, daß man sich mit ihnen harmlos-ungezwungen über wichtige Ereignisse des Tages unterhält. Das Kind soll in die vertrauliche Unterhaltung der Eltern hineingezogen werden. Bei Tisch bietet sich hierzu die günstigste Gelegenheit. Die Unterhaltung ist sofort abzubrechen, wenn das Kind nur ungern teilnimmt oder wenn die ursprünglich ungezwungene Unterhaltung den so verhassten schulmäßigen Charakter anzunehmen beginnt. Um das einmal geweckte Interesse stetig zu steigern, ist es ferner ratsam, die Unterhaltung dann abzubrechen, wenn der spannende Höhepunkt erreicht ist.

Kinder sind leicht für alle Nachrichten zu interessieren, wenn ihnen dieselben greifbar und bildhaft, entsprechend ihrer Vorstellungswelt, vor Augen geführt werden. Selbst schwierige Nachrichten über Fragen des Welthandels, der Politik usw. bieten für erfinderische Eltern den besten Ausgangspunkt für sehr interessante Unterhaltungen. Von Anfang an sollten die Kinder dazu erzogen werden, die Tageszeitungen schnell, aber doch gründlich zu lesen. In unserer schnelllebigen Zeit kommt es überall darauf an, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. Kinder sollen deshalb aus Prinzip über einem Blatt niemals ihre Zeit verträdeln, sich aber trotzdem immer das Wichtigste einzuprägen versuchen.

Bisher war die Rede von Tageszeitungen. Daneben gibt es noch viele andere Zeitungen, die gleichfalls in das Haus der Arbeitereltern kommen. An erster Stelle steht hier das Verbandsblatt, für die Holzarbeiterfamilien also die „Holzarbeiter-Zeitung“. Die Verbandszeitungen enthalten keine Sensationsberichte, dafür aber vieles, was auch für unsere Kinder sehr wichtig ist. Deshalb sollten alle Eltern ihren größeren Kindern immer wieder raten, das Verbandsblatt zu lesen.

Elly Dietrich (Liegnitz).



Unterhaltung und Wissen



Reinhardts Buchladen von K. S. Wilnit

1. Fortsetzung.

Ursula ließ diesmal lange auf sich warten. Aber auch Altmann blieb länger aus als sonst. In Wahrheit ging Ursula schon wiederholt an Reinhardts Laden vorüber. Aber heut' faßte sie Mut. Ihr Lieferpaket beiseitelegend, begrüßte sie Reinhardt ein wenig verlegen.

Nachdem Reinhardt einige Kunden bedient, wandte er sich endlich Ursula zu und überreichte ihr Peter Roseggers „Dorf-sünder“. „Ein Gruß von Herrn Altmann“, sagte er kurz.

Freudig erregt wandte Ursula einige Blätter, dann blickte sie errötend auf.

„Ja, ja“, bestätigte der Alte, „es ist die Folge Ihrer Aufmerksamkeit.“

„So hatte ich es nicht gemeint, das darf ich nicht annehmen“, begann sie nach einigem Besinnen.

„Herr Altmann wollte Ihnen bestimmt eine Freude machen“, sagte Reinhardt ermutigend.

„Mir eine Freude? — Solch ein teures Buch — das war wirklich lieb von ihm.“ Mit artigem Knicks reichte Ursula Reinhardt die Hand. „Ich freue mich ja so schrecklich. Könn't ich doch Herrn Altmann selber schönen Dank dafür sagen.“

Das ist begreiflich, dachte Reinhardt. Ein magerer Ersatz, solch Altem die Hand zu drücken. Leider wußte er Altmanns Adresse nicht, sonst könnte sie in ein paar Zeilen ihre Gefühle offenbaren.

„Nein, nein, schreiben mag ich nicht“, wehrte sie ab.

Doch Reinhardt schob ihr Tinte und Feder zu. Und nach gutlichem Zureden schrieb sie in zierlichen Buchstaben auf die erste Seite: Zur Erinnerung, Ursula Neumann.

Als habe sie etwas Böses getan, vor dem sie nun fliehen müßte, so eilig ergriff sie ihr Paket und verschwand.

Franz Altmann saß im Schultheiß-Aus-schank, wo er gewöhnlich sein Abendbrot aß und die Zeitungen durchsah. Am Nebentisch ließen sich drei Männer nieder. Alle drei befanden sich im ersten Stadium des Bjerrausches, in dem sich Freunde gern einander offenbaren. Altmann erfuhr bald, daß der eine ein Buchdrucker, der andere ein Maurer und der Dreißig- bis Vierzig-jährige ein Sägemüller war. Nach kurzer Unterhaltung über allgemeine Dinge gelangten die drei bei der Politik an. Wenn auch in heiterer Bierlaune, so doch mit überheblicher Rücksichtslosigkeit, sagten sie einander ihre Meinung über ihre Parteilichkeit. Und wie es Altmann schien, war Fritz, der Maurer, das Ziel der Kritik.

„Blas dich nicht so auf, Fritz“, sagte der Buchdrucker, „kannst ja nicht mal dein Mädel für unsere Sache gewinnen. Soviel Einfluß muß man doch als Vater haben. Aufklären mußt du sie!“



„Mach ich, mach ich doch, Mensch!“ entgegnete der andere ein wenig beleidigt. „Was wüßte denn überhaupt: Jeden Auf-satz über die SPD. in der „Roten Fahne“ streich ich dich an — — muß sie lesen. Erst wenn's Kopf ich so beim „Vorwärts“, den ich die Nachbarn immer durch die Tür schickte. Rechts und links hauf ich ihr dies Mistbrot um die Ohren. Aber wie gewöhnlich kam meine Olla dazwischen. Denn gab's einen heidenmäßigen Krach... Nee, nee, Kinder, ick tu schon mein möglichstes.“

Die zwei anderen lachten. „Nimm's nicht übel, Fritz“, begann der Buchdrucker von neuem, „ich vermute, du hast daheim recht wenig zu bestimmen. Und leider hast auch du noch nicht begriffen, um was es geht. Es ist bei uns ganz gleich, ob es sich um Vater, Mutter, Bruder, Schwester oder um Kinder und Kindeskinde handelt, alles muß von der Bewegung erfaßt werden. Und dein Mädel ist bei der letzten Demonstration ganz einfach ausgebrochen und davongelaufen.“

Verlegen fuhr sich der Maurer durchs Haar. „So 'ne Kröte. Na, wißt ihr denn genau, det sie es war?“

Immer vorwärts! Von Walter Auerbach

Es liegt im Kleinen oft Großes verborgen.

Und manches Werk reift nur mit Geduld.

Großes reift nicht von heute auf morgen.

Nur Beharrlichkeit führt zum Ziel, und Geduld.

Wir haben viel Altes zu Grabe getragen

Und Neues an dessen Platz gesetzt.

Wir haben schon viele Schlachten geschlagen

Und manch harte Scharten ausgewetzt.

So ist es auch gut. Das bringt uns voran.

Doch wir müssen weiter und noch weiter voran!

Drum: fester und noch fester zusammengeschlossen!

Das ist die Parole nach den Schlachten, Genossen!

„Aber Fritz! Der Seppel kennt sie doch ebenso genau wie ich. Eigentlich hättest du es längst merken müssen, daß der ein Auge auf sie hat. Er marschierte doch als Ordner neben ihr und sah, wie sie in einer engen Straße ausbrach und in einen Torweg trat. Gleich kehrte sie zurück, aber ohne Revolutionshaube, rannte am Zügel entlang, bog in eine Nebenstraße und war verschwunden.“

Der Maurer hörte wortlos zu, als nun der andere die Tüchtigkeit des Sägemüllers hervorhob. Wie rede- und schreibgewandt er sei und schon zur nächsten Reichstagswahl als Kandidat vorgesehen sei. Ganz überflüssig, zu erwähnen, wie leicht er sich in allen sonstigen Lebenslagen zurechtfinde. „Alles gut und schön“, begann der Maurer, am Ende wäre mir und meiner Ollen auch der Seppel als Schwiegersohn recht, aber — was sagt Ursula dazu?“

Während es Altmann in den Ohren zu sausen begann, als er den Namen Ursula hörte, lachte Seppel überlegen, und sein gesundes Gesicht erstrahlte in Siegesgewißheit, wobei er, Fritz traut auf die Schulter klopfend, sagte: „Das überlaß mir, Genosse, auf dem Gebiet sind wir nicht unerfahren.“

Der Maurer zog ein Gesicht wie bei Regenwetter auf dem Neubau. „Versuch's doch; nur laß mich dabei aus dem Spiel.“

Franz Altmann saß ganz wesenlos da, während es in seinem Innern tobte: „Ursula — Ursula? — Ist das möglich? — Um dich geht es hier?“ Er machte sich Vorwürfe wegen seiner gottverdammten Langmut. Immer wieder hatte er den Besuch in Reinhardts Buchladen hinausgeschoben. Nur immer arbeiten, Schule und Lernen früh und spät. Doch plötzlich wirkten ernüchternde Bedenken auf ihn ein: Am Ende ist es nur Einbildung. Vielleicht ist sie ein gar leichtfertiges Ding, das Maunsleute nur für Narren hält und auch mich schon längst vergessen hat... Doch nein, ganz unmöglich! Ein Nachzittern von damals durchbebt ihn. Fühlt er doch dieses Sich-in-die-Augen-Schauen noch immer wie glühend ineinanderschmelzen. Rein von Sinnen hätte er sie damals gleich an sich reißen mögen. Wie eine Sendung überkam ihn jetzt die Gewißheit: An die Seite eines Mannes soll sie gezwungen werden, den sie nicht lieben kann, weil ihr Herz nur für mich schlägt. Sie lief davon, hoffend auf mich, suchend nach mir. Ganz gleichgültig war ihm nun das Gespräch der Männer. Entschlossen erhob er sich und ging davon. Bald danach trat er durch Reinhardts Tür.

„Hier, bitte schön, ein Gruß von der kleinen Näherin.“ Der Buchhändler reichte Altmann breit aufgeschlagen das bescheidene Heftchen, worin dieser freudig erregt las: „Zur Erinnerung, Ursula Neumann.“ „Seht doch die Kleine, wie lieb“, entfuhr es ihm lächelnd. — „Ob ich's wage? Tja, aber wo wohnt sie?“

„Hier, bitte schön!“ Reinhardt legte ihm das Adreßbuch vor.

„Ausgeschlossen!“ Altmann zweifelte: „Neumann! Wie soll man aus den Hunderten den richtigen herausfinden?“

„O, doch!“ Suchen Sie unter Niederschöneweide; da sind es kaum zwanzig“, versetzte Reinhardt ermutigend, während er sich eiligst einer Kundin zuwandte. In dessen schob Altmann sein Notizbuch in die Tasche und eilte mit kurzem Gruß hinaus. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Urgeschichte der Uhr

Das Bedürfnis der Zeitmessung hat schon in den ältesten Kulturperioden zu der Erfindung gewisser Methoden der Tageszeitbestimmung geführt. Wenn auch die Menschen der griechischen klassischen Zeit ganz in der Gegenwart lebten und sich wenig um Vergangenheit und Zukunft bekümmerten, so war doch bei anderen Völkern der Zeitbegriff außerordentlich entwickelt. Die Ägypter zum Beispiel hatten ihre ganze Weltanschauung auf dem Rückblick in das Vergangene aufgebaut, während wieder Assyrer und Babylonier ungeduldig in die Zukunft schauten und ihre Geheimnisse zu ergründen suchten. Von diesen Völkern sind dann auch die Urformen der Uhr geschaffen worden.

Das erste Volk, das den Tag in bestimmte Abschnitte teilte, dürften die Assyrer gewesen sein, die schon zur Zeit Sardanapals II. Wasseruhren benutzten, zylindrische eiserne Gefäße, in die mehrere Kannen Wasser gegossen wurden, die durch ein kleines Loch so langsam abträufelten, daß sie sechsmal am Tage gefüllt werden mußten. Alle Wasseruhren wurden auf das Zeichen eines Wächters hin vollgefüllt, der auf einem Turme stand, und eine Schar von Ausrufern meldete dann die Zeitabschnitte in den Straßen von Ninive.

Diese Wasseruhr war neben der Sonnenuhr, an der man aus der Schattenlänge die Tageszeit bestimmte, viele Jahrhunderte hindurch der einzige Zeitmesser; die Wasseruhr wurde in Alexandria durch Zifferblatt und Zeiger verbessert, und in dieser Zeit des Hellenismus war Ägypten der große Uhrenmarkt, der seine Instrumente zu höchsten Preisen nach allen Ländern versandte. Beim Triumphzug des Pompejus, den er 62 v. Chr. über Antiochus und Mithridates hielt, wurde als wertvollste Trophäe eine Wasseruhr mitgeführt, die aus den Schätzen des Königs von Pontus stammte. Dieser gewaltige Wasserbehälter, der nur einmal am Tage gefüllt wurde, war aus purem Gold, die Zeiger waren mit kleinen Rubinen besetzt und alle 24 Zahlen aus Saphiren geschnitten. Der Andrang der Neugierigen, die diese Sehenswürdigkeit bewundern wollten, war so groß, daß tagelang eine starke Wache die Menge fernhielt.

Merkwürdig war die Zeitbestimmung bei den alten Germanen. Bei Tagesanbruch stellte ein Sklave vor dem Eingang des Königszeltes zwei Helme auf, von denen der eine mit Kieselsteinen gefüllt, der andere leer war; er warf dann langsam einen Kiesel nach dem andern vom vollen in den leeren Helm, und dann waren zwei Stunden vergangen. Danach wurde er von einem anderen Sklaven abgelöst. War der gefüllte Helm geleert, so schlug der Sklave mit einem Schwert auf einen Schild, um den Zeitabschnitt anzuzeigen. Man maß auch bei den alten Deutschen die Zeit nach der Zahl der Furchen des Landmannes oder in der Erntezeit nach der Menge der Halme.

In den mittelalterlichen Klöstern rechneten die Mönche nach der Zahl der Gebete, wobei jeder so viel Gebete herzusagen

hatte, als sich Perlen an seinem Rosenkranz befanden. Die Beendigung jeder einzelnen Gebetsübung, an die sich dann die eines anderen Mönches schloß, wurde durch ein Glockenzeichen verkündigt. Die Uhren des Altertums waren in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters völlig vergessen, bis der Kalif von Bagdad, Harun al Raschid, Karl dem Großen eine kostbare Wasseruhr schenkte. Dieses Wunderwerk bestand aus mit Gold eingelegerter Bronze, hatte Zifferblatt und Schlagwerk; entsprechend viele Kugeln fielen auf ein metallenes Becken und gaben die Stunden an, während gleichzeitig sich 12 Türen öffneten, 12 Reiter herauskamen, schwenkten und wieder verschwanden.

Zu gleicher Zeit erfand der Mönch Liutprand, der die Glasbereitung von neuem aufgefunden hatte, die Sanduhr, und Kaiser Karl ließ eine große Uhr dieser Art herstellen, auf der die Stundenabschnitte mit roten Linien bezeichnet waren. Alle zwölf Stunden wurde das riesige Stundenblatt umgedreht.

In China, dem alten Lande der Weisheit, hatte schon viel früher der Astronom Hang eine Uhr erbaut, die Monate, Wochentage, den Lauf der Sonne, des Mondes, der fünf Planeten nebst allen Erscheinungen am Himmelszelt zeigte. Diese Uhren bürgerten sich nun langsam im Mittelalter ein; die erste wirkliche Schlaguhr wurde erst 1374 von einem Araber hergestellt. Seit dieser Zeit mehrte sich die Zahl der großen Uhren, die auf den Türmen der Hauptstädte Europas angebracht wurden; während die erste Zimmeruhr erst 1518 von Papst Clemens VII. dem König Franz I. von Frankreich geschenkt wurde. Schon vorher hatte der Nürnberger Henlein die Taschenuhr erfunden, und mit dieser begann dann der große Fortschritt im Uhrenbau und in der Herstellung der Zeitmesser.

Was mancher nicht weiß

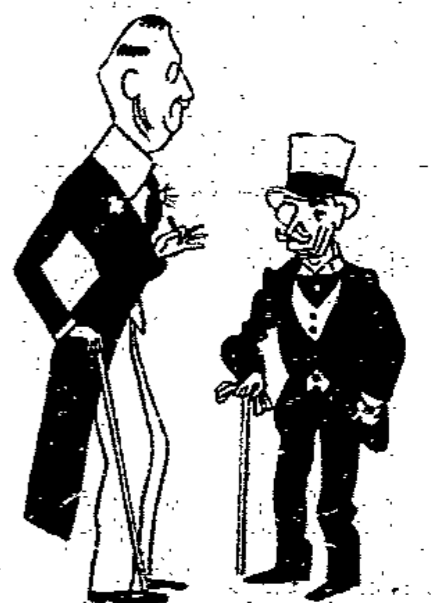
Bis zum Jahre 1850 war der Speiering in Amerika unbekannt. Er wurde dann von der Leitung des Brooklyn-Instituts zur Vertilgung von Räufern eingeführt und hat sich seitdem so stark vermehrt, daß er in gewissen Teilen Amerikas für eine Landplage gehalten und dementsprechend bekämpft wird.

Durchschnittlich werden in Deutschland im Jahre 4,2 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben, in der Minute also etwa 8000 Mk.

In Arabien darf die Frau keinen Kaffee kochen, denn diese Tätigkeit ist eine Ehre und kommt nur dem Mann zu.

Ein Fünftel der deutschen Gesamtbevölkerung (reichlich 12 Millionen) setzt sich aus irgendwie gesundheitlich minderwertigen Menschen zusammen. Genau die Hälfte davon sind Sieche und Schwache, 2 170 000 sind Geisteskranke, Schwachsinnige und Idioten, 3 800 000 sind Psychopathen und 100 000 sind Epileptiker.

Nach sachverständigen Angaben soll es etwa 25 000 Arzneimittel gegen ungefähr 150 Krankheiten geben.



Hoffentlich sorgt der neue Reichskanzler für den Adel auch so gut wie Herr v. Papen es getan hat. Sonst müßte man sich — äh — doch noch so etwas wie Arbeit suchen.

Gewerkschaften und internationale Verständigung

In einer Zeit wie der jetzigen, wo die Träger des Kapitalismus und seiner bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihren unzulänglichen und überlebten Mitteln dem Elend der Zeit zu steuern versuchen, wo Gedankengänge wie Nationalismus und Autarkie mit Hilfe von Zöllschranken in vielen Ländern Triumphe feiern, ist sich die Gewerkschaftsbewegung der Aufgabe treu geblieben, im Sinne des Sozialismus Führer der internationalen Zusammenarbeit der Völker zu sein. Wenn es auch ein langer Weg ist, der dabei gegangen wird, so wird er doch Schritt für Schritt fortgesetzt.

In der Richtung der Förderung internationaler Verständigung liegt es, wenn sich die Gewerkschaften entschließen, bei ihren Arbeiterbildungskursen ausländische Gewerkschafter teilnehmen zu lassen, so wie es die englischen Gewerkschaften, die im Trade Union Congress ihren nationalen Zusammenschluß finden, bei ihrer nun zum vierten Male abgehaltenen Sommerschule im Ruskin College in Oxford durchgeführt haben. Hier trafen sich Gewerkschafter aus fast allen Organisationen Englands mit Schottland, Irland, Wales und Palästina und auf Grund einer Einladung durch die Workers Travel Association (Arbeiter-Reisegesellschaft) je ein Teilnehmer aus Belgien und Deutschland.

Grenzen sind niedergerissen, man begrüßt Menschen, die nationale Verblendung einst zu unseren Feinden gemacht hatte, und in der freundschaftlichsten Weise erfolgt der Gegengruß, alle von dem einen Gedanken beseelt, alles Trennende der Nationalität vergessend, einen gemeinsamen Kampf gegen das Elend der Zeit, gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse zu führen.

Mit besonderer Freude stellt man fest, daß der erbitterte Kampf der deutschen Arbeiterschaft der „Eisernen Front“ seine Würdigung findet im Sinne der Entschließung der Internationale: „Deutsche Arbeiter, ihr seid nicht allein.“ Auch die englische Arbeiterklasse führt einen Be-

freiungskampf. Durch die letzte Parlamentswahl politisch zurückgedrängt und im Parlament zur Einflußlosigkeit verurteilt, erhofft sie durch unausgesetzten Kampf für die nächste Wahl eine stärkere Arbeiterregierung als die verflissene.

Auch in England ist die Not groß und die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem, welches diskutiert wird. Bei 2,8 Millionen offiziell gezählten und 1 Million nichtgezählten Arbeitslosen, deren finanzielle Unterstützung etwas besser ist als die der unsrigen, ist die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch Einführung der 40-Stunden-Woche und durch Wirtschaftsumbau die Hauptaufgabe des politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterbewegung geworden.

Das aber wird der englischen Arbeiterklasse leichter gelingen als der deutschen, weil sie es ablehnt, einen zersetzenden Bruderkampf zu inszenieren. Die Kommunistische Partei mit ihren 5000 Anhängern ist in England zur einflußlosen Sekte degradiert, so daß die Arbeiterbewegung Englands organisatorisch in geschlossener Front den kommenden Kämpfen begegnen kann. Dazu kommt, daß der Parlamentarismus längst aus den Kinderschuhen heraus ist, so daß auch jede Diktaturgelüste in faschistischem Sinne zur Erfolglosigkeit verurteilt wären. Mit solchen Kindereien gibt sich die englische Bevölkerung nicht ab, und deshalb findet auch der deutsche Faschismus in England keinerlei Stützpunkte.

Die Gewerkschaften können sich zur Durchführung eines Schüleraustausches, indem sie an allen Arbeiterschulen aller Länder stets einige fremde Schüler teilnehmen lassen, nur beglückwünschen. Nichts fördert die Verständigung unter den Nationen der Welt mehr als persönliches Zusammenleben, und wenn es nur für kurze Zeit ist. Der eigene Gesichtskreis hat durch Teilnahme an der Schule eine Erweiterung gefunden, weil es möglich war, ein Stück fremder Volksseele kennenzulernen und als

Ergebnis der Schulung wichtige Kenntnisse der englischen Wirtschaft und Gesellschaft gewonnen zu haben.

Das Interesse, zur Teilnahme an den gewerkschaftlichen und politischen Aktionen unserer Klassengenossen in den anderen Ländern erfährt naturnotwendig durch das kurze gemeinsame Zusammensein stärkste Belegung, und die Beurteilung dieser Aktionen wird erleichtert. Noch lange, wenn man wieder im alten eigenen Wirkungskreis ist, zehrt man von einem solchen Erleben.

A. Matschulla, Recklinghausen.

Bücher und Zeitschriften

Krisenwende? Von Univ.-Professor Friedrich Dessauer unter Mitarbeit von Dr. F. Petzer. Buchverlag der Carolus-Druckerei, Frankfurt a. M. Preis 1,90 Mk., in Leinen gebunden 3 Mk. — Der Verfasser ist ein allseitig geschätzter Wirtschaftspolitiker der Zentrumspartei. Er ist ein Mann, der nicht nur viel weiß, er hat auch den Mut, frei und offen zu sagen, was er für richtig oder falsch hält. Seiner Kritik des Papen-Planes ist im allgemeinen zuzustimmen. In dem Lohnabbau sieht Dessauer keine Förderung, sondern eher eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, denn die Schwächung der Kaufkraft der Arbeitermassen muß zu einer weiteren Einschränkung der Warennachfrage führen. An Hand von Lohnzahlen weist er nach, daß die meisten Arbeiter schon seit langem nicht mehr so viel verdienen, um sich und die Familie menschlich erhalten zu können. Für den Lohnabbau „gibt es Grenzen, jenseits derer Lohnsenkung ohne Preissenkung Anleitung zum Nichtarbeiten und Zwang zum Radikalismus aus Verzweiflung wird.“ Sehr interessant ist auch das Schlußkapitel, in dem Dessauer auseinandersetzt, wie die Wirtschaft sein und geführt werden muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Die „kooperative Ordnung“ wäre im Vergleich zur „rein liberalistischen Ordnung“ gewiß ein beachtlicher Fortschritt, sie kann aber nur eine Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Gemeinwirtschaft sein, denn erst der Sozialismus wird die Menschen von dem furchtbaren Elend endgültig befreien, unter dem sie heute so schwer seufzen.

Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung. Heft 1 der Schriften der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 3,60 Mk., Organisationspreis 2,80 Mk. — Das Buch ist eine Gemeinschaftsarbeit von Dr. Ludwig Preller, Dr. Bruno Broecker, Dr. Adalbert Halasi, Dr. Jakob Marschak, Fritz Naphtali, Dr. Fritz Croner, Dr. Ernst Nölling und Dr. Hilde Oppenheimer, die die Redaktion des Werkes besorgte. Die Verfasser haben sich zur Aufgabe gemacht, nachzuweisen, welchen Einfluß die Sozialversicherung auf Produktion und Güterverteilung ausübt, und was die durch sie bewirkten Umschichtungen für den Ertrag einer Volkswirtschaft bedeuten. Diese Wirkungen vollziehen sich teils über die menschliche Arbeitskraft in ihrer Eigenschaft als Produktionsmittel, teils über den Warenmarkt. Infolgedessen befaßt sich die Untersuchung mit den Beziehungen der Sozialversicherung zur Arbeitsfähigkeit, zum Arbeitsmarkt, zur Verbrauchsgestaltung, zur

Kapitalbildung, zu den Produktionskosten. Alle Mitarbeiter behandeln das ihnen zugewiesene Arbeitsgebiet mit einer Fülle von Tatsachennaterial. So ist ein Buch entstanden, dessen Wert gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Es sei auch jenen Bevölkerungskreisen zum eifrigsten Studium empfohlen, die ständig über die Sozialversicherung schimpfen, ohne sich über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung jemals Gedanken gemacht zu haben. Sie werden dann erkennen, daß die Wirtschaft von der Sozialpolitik nur Nutzen hat.

Rassenkunde und Rassenwahn. Wissenschaft gegen demagogischen Dilettantismus. Von Prof. Dr. Hedler. Verlag J. W. H. Dietz Nachf., Berlin-SW 68. Preis 75 Pf. — In der nationalsozialistischen Agitation spielt die Rassenfrage eine große Rolle. Da wird verlangt, daß die Juden auf Grund der Rassenkunde als Ausländer betrachtet und behandelt werden, da wird die nordische Rasse als das Vollkommenste hingestellt und die „Aufordnung“ Deutschlands empfohlen und Hitlers Rassenforscher verkündet sonstige Weisheiten, die vielleicht nicht ganz uninteressant sein mögen, aber von der wirklichen Wissenschaft nicht ernst genommen werden. In der vorliegenden Schrift wird von berufener Seite untersucht, was man als Ergebnis objektiver Forschung betrachten kann und was politisch interessierter Dilettantismus alles geleistet hat.

Der Volksverband der Bücherfreunde hat sein neues Verlagsverzeichnis herausgegeben, das eine reiche Auswahl wertvoller Bücher enthält. Unter den Autoren der angekündigten Werke findet man Namen von bestem Klang. Es ist ein belletristisch wie wissenschaftlich höchst anregungsreiches Buchprogramm, das der V. d. B. aufgebaut hat. Dem inneren Wert der Bücher entspricht deren Ausstattung; die vornehm gediegenen Halblederbände sind buchtchnisch vollendete Wertarbeit. Das Verlagsverzeichnis wird vom Volksverband der Bücherfreunde, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 42-43, auf Verlangen kostenlos zugesandt.

Die Kellnerin Molly. Von Hans Otto Henel. Fackelreiter-Verlag, Leipzig-Berlin-Hamburg. Preis 2,80 Mk. — Der Verfasser dieses Romans ist in der reaktionären Presse als „Kultur bolschewist“ beschimpft worden. Das ist eine Bezeichnung, die allmählich zu einem Ehrentitel wird. Dem Kulturbolschewisten fehlt die fromme Scheu vor den Einrichtungen des Klassenstaates; er sieht die Dinge wie sie sind und nennt sie beim richtigen Namen. Das hat auch Henel getan, der hier den Lebensgang eines Menschen zeichnet, der aus dem durch Geburt und Umwelt vorgezeichneten Weg ins behäbige Kleinbürgertum herausgerissen wird. Justiz, Polizei und Fürsorgeerziehung wirken zusammen, ein Menschenleben zu zerbrechen. Vom Hunger in die Prostitution getrieben, geht das Mädchen an den Folgen eines Abtreibungsversuchs zugrunde. Der Roman ist eine Satire auf die herrschenden Zustände. Um diese recht grell zu schildern, wird an manchen Stellen übertrieben. Aber auch nach Abzug dieser Übertreibungen bleibt ein erschütterndes Bild von unserer Zeit erhalten.

Zehn-Pfennig-Broschüren des J. H. W. Dietz-Verlags, Berlin SW 68: Sozialismus — Ja oder Nein. Von Paul Löbe. — Du und ich: Wir bauen auf. Von Eugen Prager. — Von Stinnes bis Krueger. „Gottgewollte“ kapitalistische Ordnung. — Diese Agitationsschriften sind allgemeinverständlich geschrieben und enthalten viel wertvolles Material.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Nicht vergessen

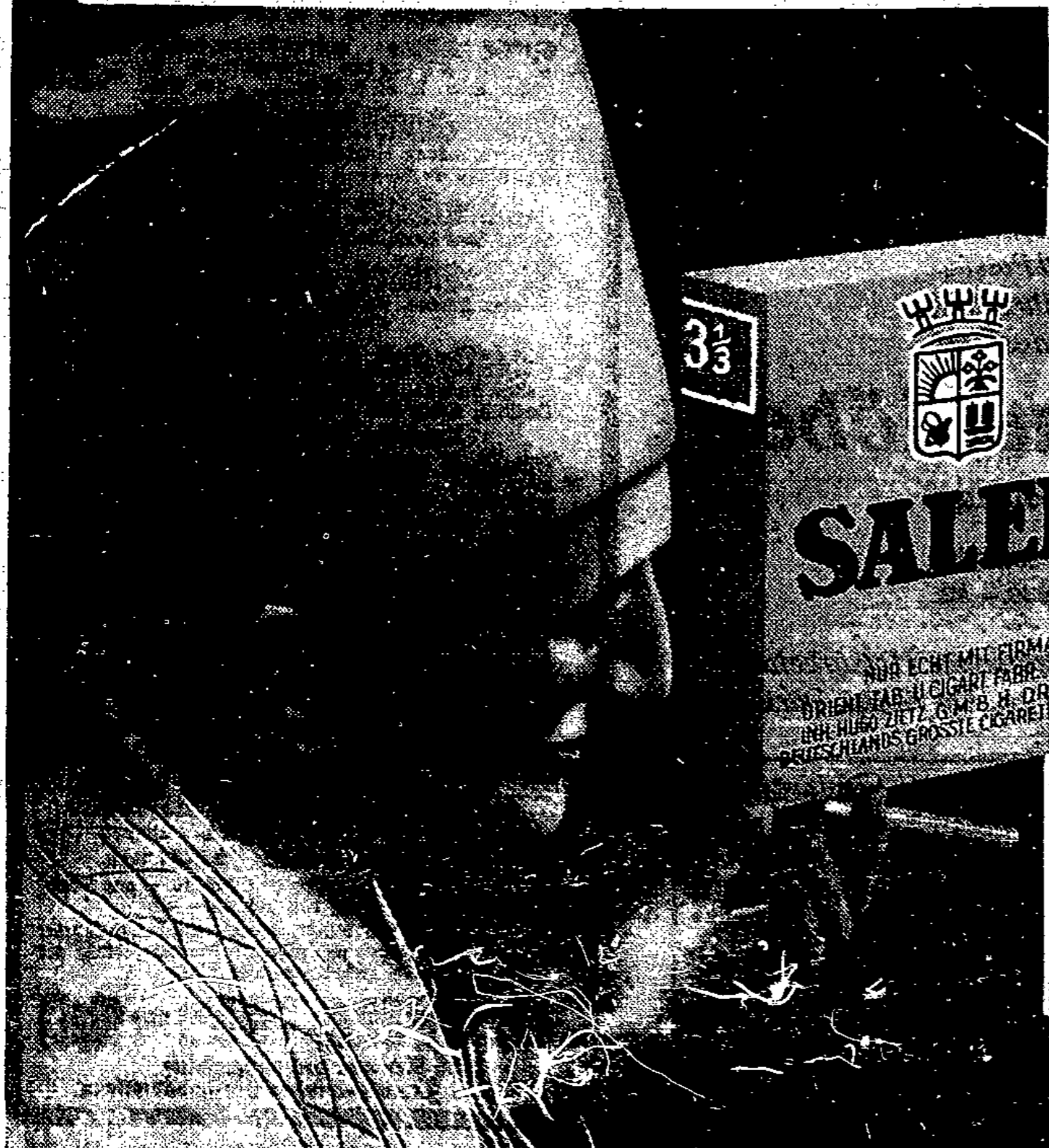
hat der Raucher die Zigarette, die den geraden Weg unwandelbarer Qualität in diesen Zeiten der Konjunkturausnutzung beibehalten hat.

Salem wurde die führende Zigarette Deutschlands, weil sie die auserwählte Marke aller ist, die Achtung vor tadelloser Arbeit haben.

Die milde

SALEM 3 1/2

mit Gold-Film Bildern in natürlicher Farbwiedergabe.



Eine Anzahl guter Werke

In Leinen gebunden, die für 2,85 Mk. je Band von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2. bezogen werden können.

Gerh. Hauptmann, Die Insel der grossen Mutter. Hundert Frauen und ein Jüngling durch Schiffbruch auf eine Insel verschlagen. Die Ironie unserer Zivilisation in einem spannenden Roman voll satirischer Südseeatmosphäre und heiterer Menschlichkeit.

Goethe, Faust I. und II. Teil. Vollständig in einem Band. Rot- und Schwarzdruck. — 500 S. — Die schönste buchkünstlerische Faustausgabe in zweifarbigen Luxusdruck.

Zola, Rom. Der weltbeherrschende Katholizismus, seine sichtbare und unsichtbare Macht, sein geistlicher und weltlicher Monumentalbau, von Zola meisterhaft gestaltet — eine grossartige Prophetie, deren Erfüllung wir heute erleben.

Weisse Zähne: Chlorodont

Der Almanach 1933

Taschenkalender für die Mitglieder des Verbandes bei der Ortsverwaltung erhältlich. Er kostet in diesem Jahr nur noch 60 Pfennig und ist trotzdem wieder vorzüglich ausgestattet.

Aus seinem Inhalt heben wir besonders hervor: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ / Geschichtskalender / Aus der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes / Übersicht über die deutschen Gewerkschaften / Lohnsteuer-Berater / Abgabe zur Arbeitslosenhilfe / Tabelle zum Ablesen der Lohnsteuer / Tabelle zum Ablesen der Arbeitslosenhilfe.

HANSA-WELTATLAS



Ein neuer Atlas für Jedermann. 63 neugezeichnete farbige Haupt- und Nebenkarten nach dem neuesten Stand der Wissenschaft. 25000 Ortsnamen • 50 Textzeichnungen. Umfassender Text auf Kartenrückseiten.

Advertisement for Sigurd-Gesellschaft featuring a bicycle, a train, and a rocking horse. Text: 'Geschenke billig! Weihnachts-Katalog gratis! Sigurd-Gesellschaft Kassel 15'.

Advertisement for 'Neuzeitliche Möbel' and 'Moderne Möbel' by Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Includes details about a 72-page catalog and prices.

Advertisement for 'Hobelbänke 50 RM.' and 'Leinwollen, Furnierböcke'.

Advertisement for 'Original-süddeutsche Hobelbänke 52 Mark' and 'Werkzeug-Neuheiten!'.

Advertisement for 'Gallenstein- und Leberleiden' with an illustration of a person.

Large advertisement for '280 000 Weihnachtspakete' by Josef Witt, Welden. Includes a list of products and prices, such as 'Vorhangstoffe', 'Baumwolltuch', and 'Hemdenflanell'.